

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pro Nummer: 10 Pf.
 Vierteljahr 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 3.30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 jeber oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Berichts-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Adressen: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 3. April 1900.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Kosten der Kriegsschiffe.

In der Budgetkommission des Reichstags wurde in der
 vorigen Woche über die Gründe beraten, durch welche der
 außerordentlich hohe Preis der deutschen Kriegsschiffe
 verursacht wurde. Es wurde festgestellt, daß die deutschen
 Schiffe um 25 Proz. teurer sind als die eng-
 lischen, aber die Ursachen dafür wurden nicht klar gestellt.
 Der Staatssekretär des Marineamts meinte, in England seien
 Kohle und sonstige Rohmaterialien bequemer und billiger für
 die Werften zu erreichen. Doch kann dieser Umstand allein
 sicherlich nicht die große Differenz der Preise bedingen. Uns
 werden von einem guten Kenner der Marinebauverhältnisse
 in Kiel einige Angaben übermittelt, die zur Aufhellung jener
 Frage erheblich beizutragen geeignet sind. Unser Gewährs-
 mann schreibt uns:

Kürzlich ist auf der Kieler Staatswerft der Kreuzer
 „Prinz Heinrich“ von Stapel gelaufen. Bei der Gelegenheit
 wurde für die am Bau des Schiffs beteiligten Arbeiter im
 Werk-Erholungsheim ein Bierabend veranstaltet und
 dabei hielt der Ober-Werftdirektor Kapitän zur See
 v. Ahlefeld eine Ansprache, in der er u. a. ausführte:

Auch das heute vom Stapel gelaufene Schiff ist nicht in
 der Zeit fertig geworden, wie es geplant gewesen. Statt ein
 Jahr habe es 1 Jahr und 5 Monate auf Stapel gelegen.
 Die Ursache hiervon sei, daß das Zusammenarbeiten
 zwischen Arbeitern und Vorgesetzten nicht so
 sei, wie es sein sollte. Es fehle das gegenseitige Vertrauen
 und diesem Umstande sei es auch zuzuschreiben, daß der
 „Fürst Bismarck“ so lange in Bau gelegen
 habe. Er habe dem Staatssekretär versprochen, daß dieses
 letzte Schiff am 1. April in Dienst gestellt werden könne
 und hätten die Arbeiter nun unter Ausbütung ihrer ganzen
 Kräfte, auch unter Inhabnahme von Nacht- und Sonntags-
 schichten daran arbeiten müssen, daß er sein Versprechen halten
 könnte. Das Verhältnis wie es jetzt sei, müsse sich bessern,
 damit die Leistungsfähigkeit der Werft eine
 größere werde.

Soweit der Ober-Werftdirektor. Wenn man an maßgebender
 Stelle jetzt endlich einmal zur Einsicht gelangt ist, daß die
 Staatswerften in ihrer Leistungsfähigkeit weit hinter den
 Privatwerften zurückstehen, so ist vielleicht zu hoffen, daß jetzt
 auch der richtige Weg zur Abhilfe beschritten wird. Wenn
 ferner der Ober-Werftdirektor in seiner Rede hat sagen wollen,
 daß durch die bisher von der Marineverwaltung betriebene
 Spioniererei unter den Werftarbeitern nach Social-
 demokraten und sonstigen mißliebigen Arbeitern das Vertrauen
 zwischen Arbeitern und Vorgesetzten zerstört wurde und dadurch
 nachteilig auf die Arbeit zurückgewirkt hat, so geben wir un-
 umwunden dem Ober-Werftdirektor zu, daß seine Ansicht
 richtig ist, und wir zweifeln nicht im geringsten, daß eine
 Aenderung dieser Praxis nur zum Besten der Staatswerften
 ausschlagen würde.

Aber wenn nur hierdurch allein die mangelnde Leistungs-
 fähigkeit der Werften verschuldet sein soll, so irrt der Ober-
 Werftdirektor sehr. Die Konkurrenzunfähigkeit der kaiserlichen
 Werften wird zum erheblichen Teil verschuldet durch
 den auf den Werften herrschenden Bureaucratismus
 und die durch ihn bewirkte wenig ökonomische und
 uneinheitliche Organisation des Arbeitsprozesses. Es ist
 unglücklich, wie auf den Staatswerften gewirtschaftet
 und durch ein anscheinend recht plan- und zielloses Arbeiten
 alljährlich Millionen geradezu verpulvert
 werden.

Doch kein einziges Kriegsschiff dürfte auf einer unserer
 Staatswerften entstanden sein, auf dem nicht Aenderungen
 erfolgten, die bei einem klar durchdachten Arbeitsplane hätten
 vermieden werden können. Es ist, als ob man sich erst an
 der fertigen Arbeit ein Bild machen wollte von dem, was
 man zu bauen beabsichtigt. Man bemerkt da ein Taufen
 und Fühlen, ein Suchen und Nichtfinden der besten, richtigsten
 Konstruktion nicht nur hinsichtlich der Schiffstypen, sondern
 auch selbst der einfachsten Schiffsteile, wie man es nicht für
 möglich halten sollte.

Doch das typische Bild dieser unökonomischen Arbeits-
 methode dürfte der „Fürst Bismarck“ bieten. Nahezu vier
 Jahre hat dieses Schiff zur Fertigstellung bedurft und vom
 Anbeginn seiner Bauperiode bis zur Jetztzeit ist das Schiff
 ortwährenden Veränderungen unterworfen ge-
 wesen. Dabei ist das Ergebnis dieser vierjährigen Arbeit ein
 Produkt, das als der ganz neue und vorbildliche Typ eines
 Kriegsschiffs geplant war, nun aber das einzige seiner Art
 bleiben wird. Um Gotteswillen! Bleiben Sie
 mit dem „Fürst Bismarck“, von
 diesem Versuchsschiffe, fort,“ hörten wir kürzlich
 zu einem Höfchendampfer einen Marine-Offizier zu einem ihn
 begleitenden Herrn sagen.

Ursprünglich für 18 Knoten Geschwindigkeit, bei einer
 Maschinenleistung von 13000 Pferdekraften geplant, ist durch
 eine Erhöhung der Maschinenleistung auf 15000 Pferdekraften
 die Geschwindigkeit von 19 Knoten zu erreichen versucht
 worden. Dabei war das Schiff schon halb fertig und die be-
 tigte Vergrößerung der Kohlenbunker mußte zum Teil auf
 Kosten des Heizrums erfolgen und hat ganz bedeutende
 Abbauten verursacht. Dann wieder wurden die halbfertigen
 Achsenfundamente, weil in der Höhe nicht passend, ver-

worfen. Ebenso ist's mit den Ventilationschächten gegangen,
 Frittereien und Umänderungen sind vorgenommen, daß ein
 Umeingeweihter es kaum für möglich halten würde. Jetzt in
 letzter Zeit erst wieder ist die Kommandobrücke neugebaut,
 weil die erste zu breit war.

Das alles sind Aenderungen, die große Kosten verursacht
 haben. Man sieht, mit welcher Unsicherheit an den Bau
 herangetreten wird. Noch vor Fertigstellung eines Schiffs
 hat die Ansicht über das Zweckmäßigste sich geändert, oder
 dem nächsthöchsten Vorgesetzten paßt oder gefällt die eine
 Konstruktion nicht, und er ordnet Aenderungen an.

Und so geht's in zahlreichen Fällen. Dabei wird aber
 nicht etwa das einmal benutzte Material zu anderen Zwecken
 verwendet; es ist tatsächlich „altes Eisen“ geworden. Kein
 Vorgesetzter kümmert sich darum, ob nicht schließlich das eine
 oder das andre noch etwa verwendet werden könnte. Ins
 neue Material wird hineingegriffen, als ob es kein Geld
 kostete.

Wie das Material manchmal verschwendet wird, dafür
 nur ein Beispiel: Bei einer der Nordlandfahrten
 der „Hohenzollern“ (Kaiserjacht) hatte es sich nach An-
 sicht der maßgebenden Persönlichkeiten als wünschenswert
 herausgestellt, an Stelle der alten Fensterblenden neue an-
 fertigen zu lassen. Die Werkstatt erhält also den Auftrag und
 der Bauführer ordnet die Verwendung von 3 Millimeter-Nickel-
 platten an. Die Formen zum Pressen der Platten werden
 gedreht, diese in Arbeit genommen und nachdem nun die
 Arbeit halb fertig ist, meint der Herr Vorgesetzte: „Eigentlich
 sind die Platten doch etwas stark, ich glaube, wir nehmen
 lieber 2 Millimeter-Platten.“ Das Magazin wird also nach
 2 Millimeter-Nickelplatten durchsucht. Diese sind nun nicht
 da, wohl aber 2 Millimeter-Nickelplattens. Diese sind
 zwar noch teurer als Nickelplatten, aber sie werden ge-
 nommen.

Nachdem nun die Fensterblenden fertig sind, ordnet der
 Herr Vaurat eine weitere Aenderung an. Der Ansicht des
 Herrn Vaurats wird auch noch entsprochen, dann die ganze
 Arbeit aufs feinste poliert und darauf nach der „Hohenzollern“
 geschickt. Hier wartet natürlich schon der Maler, der
 die sauber polierte Arbeit mit einem Farbenanstrich ver-
 sieht. Nun inspiziert der Herr Ober-Vaurat die Arbeit:
 „Die Arbeit ist viel zu kompliziert, das sollen ganz einfache
 Blenden sein. Die machen wir aus Messingblech. Diese
 Dinge müssen fort. Die ganze Arbeit war also vergebens
 und Tausende von Mark sind verpulvert! Wenn etwa der Herr
 Staatssekretär Tirpitz sich einmal die Nickel-Fensterblenden
 ansehen will — jetzt liegen sie auf dem Boden der Schlosser-
 werft der kaiserlichen Werft.“

Das ist nicht etwa ein vereinzelter Fall, das ist typisch
 für die Arbeitsmethode der Staatswerften.

Eine weitere Ursache der hohen Kosten der Schiffs-Neu-
 bauten der kaiserlichen Werften sind die fortgesetzten Versuche
 mit neuen Konstruktionen, deren Kosten auf die Neubauten
 geschlagen werden.

Auch dafür ein Beispiel. Der Küstpanzer „Legir“ ist
 das Versuchsschiff gewesen zur Erprobung von elektrischen
 Maschinen für die verschiedensten Zwecke an Bord. Unter
 andern hat er auch einen elektrisch betriebenen Steuerapparat
 erhalten, der Gegenstand vieler Versuche gewesen ist. Ge-
 legentlich einer Beschäftigung desselben durch mehrere höhere
 Beamte äußert sich einer derselben: „Und wenn's nicht gehen
 wird, meine Herren, so ist es doch ein äußerst interessanter
 Versuch gewesen.“ Dieser „interessante Versuch“ hat zum
 mindesten seine 100 000 M. gekostet.

Es scheint, als ob die militärische Leitung der Werften —
 an der Spitze der drei Werften stehen zwei Kontreadmirale
 und ein Kapitän zur See — entgegen nicht hinreichenden
 technischen Beirat haben oder den Ratschlägen der Techniker
 nicht folgen. Denn, geschähe dies, so würden vielerlei Ver-
 besserungen im Schiffsbau und zugleich erhebliche Ersparnisse
 erzielt werden. Bei einer weniger bürokratischen Leitung ließen
 die Werften sich zu Musteranstalten in jeder Bedeutung des
 Wortes entwickeln. Den Arbeitern würde ein besserer Lohn
 gezahlt werden können, die Arbeitszeit ließe sich verkürzen,
 und trotzdem würde der Staat seine Schiffe billiger bauen
 können als die Privatwerften, bei denen der Unternehmer-
 profit auch noch herausgeschlagen wird, der bekanntlich nicht
 gering ist.

So weit unser Gewährsmann. Natürlich liegt
 und die Marinebegeisterung des Centrums-
 Abgeordneten Müller-Julda fern, der die Ver-
 billigung der Schiffsbauten nur zu um so schnellerer
 Vermehrung der Kriegsschiffe ausnützen möchte. Wir
 wünschen eine Verbilligung der Bauten, um den deutschen
 Steuerzahler wenigstens vor einem Teil der überflüssigen Ver-
 gendungen des Marinismus zu behüten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. April.

Auf Reichskosten.

Im Etat für 1898 haben Ueberschreitungen stattgefunden,
 die auf die Palästina-Reise zurückzuführen sind. Auf Anregung
 des Genossen Singer wird diese Sache in der Rechnungs-
 kommission geprüft werden. Jetzt melden nun die „Berliner
 Neueste Nachrichten“:

„In den Zeitungen ist mehrfach von 40 000 Mark als
 Kosten der Reise des Grafen Bülow nach
 Palästina“ die Rede gewesen. Demgegenüber ist festzustellen,
 daß nur etwa ein Zehntel dieses Betrags auf den persönlichen
 Anteil des Herrn Staatssekretärs entfällt, das übrige dagegen auf
 Kurier- und Depeschekosten zu verrechnen ist.“

Das ist unter dem Vorwande einer Verichtigung eine
 interessante Enthüllung! Also 4000 M. hat Herr
 v. Bülow persönlich aus Reichsmitteln für diese Reise
 verausgabt. Mit welchem Recht?

Der Fall sollte Anlaß geben, diese „persönlichen Anteile“
 auch in anderen Ressorts festzustellen. Will man derartige
 Reisen, deren rein privater Charakter ja von den Offiziösen
 stets betont wird, aus der Kasse des Reichs bestreiten, so hat
 man vorher dem Reichstag eine Vorlage zu unter-
 breiten, der dann darüber zu befinden hat, ob die Reise aus-
 geführt werden soll oder nicht. Handelt es sich aber um
 lediglich private Fahrten, so hat das Reich keinen Pfennig
 beizusteuern.

Selbstverständlich wird niemand dem Staatssekretär zu-
 muten, daß er aus eigener Tasche den Aufwand für derartige
 Reisen bestreiten solle. Er hat im Gefolge des Kaisers
 an der Reise nach Palästina teilgenommen, und hatte dem-
 zufolge Anspruch auf freie Fahrt und Verpflegung auf Kosten
 der königlichen Schatzkammer, die um so bereitwilliger ihren Ver-
 pflichtungen nachkommen würde, da ja Herr v. Bülow, wie
 man sieht, außerordentlich billig zu reisen und mit bloßen
 4000 M. seine Bedürfnisse zu befriedigen versteht.

Die Erdrosselungssteuer.

Die amtliche „Berliner Korresp.“ ist unzufrieden mit der
 Gestalt, welche die Warenhaus-Steuer in der
 Kommission des Abgeordnetenhauses annimmt:

Als sich die königliche Staatsregierung zur Einbringung des
 Gesetzesentwurfs betreffend die Einführung einer Warenhaussteuer
 entschloß, war sie von dem geistgeberischen Gedanken geleitet,
 eine angemessene und zweckentsprechende Besteuerung dieser noch
 jungen Form des Handelsgewerbes anzubahnen, da die steuer-
 liche Erfassung der in Rede stehenden Betriebe im Rahmen der
 Gewerbesteuer in nur unvollständiger Weise bewirkt werden könnte.
 In der zur Vorberatung des Gesetzesentwurfs berufenen Kommission
 des Abgeordnetenhauses nun sind Beschlüsse gefaßt worden, die
 dem vorbezeichneten Zweck der Vorlage durchaus widersprechen
 und die Tendenz einer „Erdrosselung“ der Waren-
 häuser deutlich erkennen lassen. Diese Beschlüsse sind
 für die Staatsregierung völlig unannehmbar. Würde
 das Plenum diesen Kommissionsbeschlüssen seine Zustimmung
 geben, so könnte hierin nur eine Gefährdung des ge-
 heberischen Plans erblickt werden, dessen Notwendigkeit
 und Dringlichkeit nicht wohl bezweifelt werden kann. Es darf die
 Erwartung gehegt werden, daß bei der zweiten Lesung im Plenum
 unter Befreiung der zu weit gehenden Kommissionsbeschlüsse eine
 die Zweckbestimmung der Vorlage sichernde Einigung
 zwischen der Mehrheit des Abgeordnetenhauses und der Staats-
 regierung zu Stande kommt.“

Die Mittelstandsbreiter der Kommission wollen die
 Warenhausmänner mit schnellem Schlingenwurf erdrosseln.
 Herr Riquel ist für langsamere Erstüdtungsstod durch fünf
 Akte.

Der Zehnstundentag in Frankreich.

Nachdem der vom Handelsminister Millerand ein-
 gebrachte Gesetzesentwurf betreffend die Regelung der Arbeits-
 zeit in den Fabriken mit gemischten Arbeiterkategorien Senat
 und Deputiertenkammer passiert hatte, ist der Text nun
 bereits veröffentlicht worden und hat damit Gesetzeskraft
 erlangt. In seiner endgültigen Fassung lautet das Gesetz
 wie folgt:

„Erster Artikel: Die Artikel 3, 4 und 11 des Gesetzes
 vom 2. November 1892 über die Arbeit der Kinder, der minder-
 jährigen Mädchen und der Frauen in den industriellen Etablissements
 werden folgendermaßen abgeändert:

Art. 3. Die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen bis zum
 Alter von 18 Jahren sowie die Frauen dürfen zu keiner längerer
 als 11 stündigen täglichen effektiven Arbeitsleistung herangezogen
 werden. Diese Arbeitszeit muß durch eine oder mehrere Ruhe-
 pausen unterbrochen werden, deren Gesamtdauer nicht unter
 einer Stunde sein darf und während welcher jegliche Arbeit ver-
 boten ist.

Nach Ablauf von 2 Jahren nach Verkündung gegenwärtigen
 Gesetzes wird dann die Dauer der täglichen Arbeitszeit auf
 10 1/2 Stunden, nach weiteren 2 Jahren auf 10 Stunden herab-
 gesetzt. In jedem Etablissement, mit Ausnahme der Fabriken mit
 ununterbrochenem Betriebe und der Bergwerke, Tagebauten oder
 Steinbrüche, finden die Ruhepausen für alle durch gegenwärtiges
 Gesetz geschützten Kategorien gleichzeitig statt.

Art. 4 (Zusatzparagraph). Mit Ablauf von zwei Jahren nach
 Verkündung gegenwärtigen Gesetzes erklären die in den §§ 3
 und 4 dieses Artikels vorgesehenen Ausnahmbestimmungen wegen
 der Nachtarbeit ihre Geltung, ausgenommen die unterirdischen
 Arbeiten in den Bergwerken, Tagebauten und Steinbrüchen.

Art. 11 § 3. In den anderen Etablissements als denen mit
 ununterbrochenem Betriebe und denjenigen, für welche ein beson-
 deres öffentliches Verwaltungsreglement vorgelegen ist, fällt die
 Wechselschicht, ausgenommen, was in den §§ 2 und 3 des Art. 4
 hierbei bestimmt ist, 3 Monate nach Verkündung gegenwärtigen
 Gesetzes fort.

Wo die Wechselschicht bestehen bleibt, muß die Arbeit jeder
 Schicht, von der Ruhepause abgesehen, eine ununterbrochene sein.
 Zweiter Artikel. Dem Art. 1 des Dekret-Gesetzes vom
 9/14. September 1898 wird folgende Bestimmung hinzugefügt:

Doch darf in den in Art. 1 des Gesetzes vom 2. November 1892 aufgeführten Etablissements, welche in denselben Arbeitsräumen erwachsene männliche Arbeiter und Personen, von denen gegenwärtiges Gesetz handelt, beschäftigen, die tägliche effektive Arbeitszeit jener Arbeiter 11 Stunden nicht überschreiten.

Auch für diesen Fall tritt nach zwei Jahren von Verkündung gegenwärtigen Gesetzes die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf 10 1/2 Stunden, nach weiteren zwei Jahren auf 10 Stunden ein.

ist das Gesetz auch zunächst nur anwendbar auf die „gemischten Betriebe“ d. h. auf solche, in denen Frauen und Kinder, bezw. neben diesen erwachsene Männer arbeiten, so wird es doch den größten Einfluß auf die Gesamtheit der Betriebe üben.

Der Senat hatte noch kürzlich einige Abänderungen und zwar keine Verbesserungen in das Gesetz gebracht und so mußte es von neuem in der Deputiertenkammer zur Verhandlung gelangen. Hier wurde es nun debattiert angenommen. Auch die Sozialisten, die ehemals das Gesetz wegen der augenblicklichen Verschlechterung, die es für die Kinder bringt, beipfanden, mögen sich gefast haben, daß sie nicht gegen ein Gesetz vorgehen können, welches in vier Jahren für etwa 1/4 der gesamten französischen Arbeiterklasse den Zehnstundentag bringt.

Die Arbeiter derjenigen Betriebe, auf welche dies neue Gesetz nicht Anwendung findet, werden alle Energie einsetzen, um den Zehnstundentag für alle Betriebe zu erwerben.

Deutsches Reich.

Ein katholisch-literarischer Aprilscherz.

Das rheinische Hauptorgan des Centrums, die „Rheinische Volkszeitung“, ist zu Ehren des ersten April auf den von ihren Anschauungen aus sehr sonderbaren Einsicht geraten, das literarische Observatorium, das in ihren eigenen Reihen herrscht, grimmig zu verurteilen. Das Blatt erfindet eine Unterredung mit dem Abg. Röden, dem es eine Reihe der tollsten Bemerkungen in den Mund legt.

Der April-Röden äußert sich über die Agitation gegen die lex Heinze. Die sehr wichtige Heinze-Kammer der „Lustigen Blätter“ wird wie folgt gekennzeichnet:

„Wenn die „Lustigen Blätter“, unter ausgiebigster Berücksichtigung meiner Person, in einer einzigen Nummer beiläufig ein Duzend Seiten voll kontinuierlicher Schamlosigkeit in Text und Bild zusammenzubringen? Echtes Journal der Reichshauptstadt Berlin, dieser großen Kloake. Von solchen Kameraden, die alle Urkräfte zur Angst vor dem § 181a haben, beschimpft zu werden, darauf bin ich stolz.“

Auch eine katholische Pfarrercandidatin würde in der Heinze-Kammer keine Schamlosigkeit entdecken. Nur der 1. April berechtigt den Abg. Röden zu dem Urteil.

Des weiteren spricht Herr Röden von der „pornographisch infingierten Tagespresse“ und dann heißt es weiter:

„Die Hauptschuld an dem Spektakel trägt überhaupt das Schreibervolk — nehmen Sie's nicht übel, alle Anwesenden sind ausgenommen — und in gewissen Sinne kann ich's den Herren nicht einmal so übel nehmen. Auch diese „Kunst“ geht nach Brot, und was sollen gewisse moderne Autoren überhaupt noch schreiben, wenn ihnen die amodierte lex Heinze in die Quere kommt? Geht's nicht mehr in dem alten mehr oder weniger pornographischen Stil, so sind sie platt; denn eine halbwegs anständige Novelle bringen sie nicht fertig.“

Wir erleben ja heute ungezählte neue Auflagen der alten Kraftgenies, die da ganze Kerle zu sein glaubten, wenn sie das Maul recht voll von Zoten, Gemeinheiten und unflätigen Ausdrücken nahmen. Hier und da sind Talente darunter, Arno Holz z. B., aus dem vielleicht noch etwas wird; aber vorläufig hält ihn das nicht ab, lindlich zu brombarisieren, jeden Augenblick die Unreife seiner Jugend (Holz ist 37 Jahre alt! Red. d. „V.“) zu beweisen, und was schlimmer ist, sich mit schreibaren Behagen in der Gasse zu wälzen und um listerne Kellnerinnen als Vertreterinnen des Frühlings zu vorzuführen. Von solcher „Kunst“ kann ich mir unmöglich imponieren lassen. Auch nicht von Richard Vos mit seiner delirierenden Weltanschauung und Morphumpoesie, nicht einmal von Spielhagen, diesem parfumduftenden Salon-Romancier, wenn er auch der Lieblingsautor der Berliner Fortschrittspartei ist, oder von Wildenbruch, dem bei seinem ausschließlichen Hinwirken auf den rohen theatralischen Effekt zum wirklich modernen Tragiker nicht weniger als alles fehlt. Aber ich gerate da in eine Gegend, wo noch halbwegs anständige Leute wohnen. Herr Wildenbruch kann sich beruhigen, ihm will ich nicht an den Kragen, sondern den deutschen Nachtretern Zola's, dessen bête humaine doch stark an ein ettelstarkes Tier erinnert, andre seiner Sachen übrigens auch.

Die kann er (Abg. Müller-Meiningen) Sudermann eine General-opotheke bereiten, wenn er beiläufig seine Heimat (Ostpreußen) kennt, die ästhetisch überhaupt nicht in Betracht kommt? Oder die Schmetterlingsblüthe mit ihrer realistischen Unterförmigkeit und widerlichen Sentimentalität, und gar Sodoms Ende mit dem rohen, cynischen Tonen einer degenerierten Gesellschaft, die sich ohne Scham und Heile prostituiert, wo sich die Gemeinheit fort und fort steigert? Und die abfälligen Wirkende 2. Äußerheit in seinen Novellen schlicht sich würdig an. Bleibe mir doch Müller mit seinem Sudermann vom Leibel! Und mit Gerhart Hauptmann desgleichen. Dieser Tage blätterte ich sein Friedensfest durch. Welche unerquickliche Oede, Leere und Weite und widerlich-Neberliche Sprache.

Dann äußert sich der famose April-Röden auch über die Möglichkeit der Anwendung der lex Heinze auf diese Modernen:

„Unsere Modernen“ sind durch die Vaul nämlich nicht solche Sterne ersten Ranges, daß die Erörterung, ob sie unter Umständen auch einmal auf die Anklagebank gelangen könnten, gleich als Attentat auf Kunst und Geistesfreiheit aufgefaßt zu werden braucht.“

Der Interviewer fragt: „Sie würden also auch in der praktischen Anwendung der lex Heinze keinen Unterschied zulassen, etwa zwischen einem Modedichter und einem Fabrikanten ordinärer Hintertreppen-Romane?“

Gemüthlich antwortet Röden: „Ich würde nicht, wie man gefehelt, technisch einen solchen Unterschied formulieren könnte.“

„Und unter Umständen würde also eine Celebrität wie etwa Vaul Heise unter die lex Heinze fallen können?“

folgt der Interviewer und Röden antwortet, er wäre wohl juristisch schwer zu fassen, aber er sei gleichwohl „einer der unsittlichsten und schädlichsten Dichter der Kunst, wenn er auch in Gegensatz zu seinen groben und rohen Nachretern das schlechteste Gistsentimentaler 2. Äußerheit in Prosaform vertritt.“

Aber auch die toten Dichter sind dem Heinzemann ein Grauel, wenn er auch bedauernd erklären muß, daß er einem Heine gegenüber nicht den Staatsanwalt spielen könne. Prächtig schildert er Heine:

„Es läßt sich doch nicht bestreiten, daß sein Leben vielfach toll, wußt, cynisch, abstoßend war; ein körperlich früh verwelkter, geistig blasierter Jüngling, hat er zeitweilig in glatten Weisen ein Evangelium der Unzucht gepredigt und das Fleisch als anzuhaltende Gottheit auf den Thron gesetzt. Daß er als politischer Schriftsteller nicht erst zu nehmen ist — denn auch bei den ersten politischen Fragen dachte er stets in erster Linie an seine Person — ist noch Nebenache neben seinem ausgeprägten Trieb nach persönlicher Rache und den tolligen Parolekriegen, mit welchen er sich immer aufs neue befand.“

Selbst Goethe wird mit etwelchen Schimpfwörtern bedacht: Neben „ästhetischen Salonthe-Romanen“ habe er „Obszönitäten

verbrochen, die einfach in die Literatur-Rubrik der geheimen Sünden gehören.“

Schließlich wird der Interviewer noch ermächtigt, diese Literaturkritik drucken zu lassen: „Es wird zwar einen schönen Lärm abgeben, aber mehr als bisher können die Herrschaften mit Lärm noch jagen. Und offen gesagt: Mich reizt es, der Öffentlichkeit zu zeigen, daß es noch Leute giebt, die Courage im Leibe haben und sich um die sog. Vox populi in Literatur und Kunst nicht kümmern.“

Eine heftige Verhöhnung des künstlerischen Führers des Centrums ist bisher nicht geschehen worden als von diesem katholischen Blatt, ein wichtigerer Streich ist gegen die lex Heinze noch nicht geführt worden als mit dieser Generalabfälligkeit neuer und alter Kunst.

Aber was mag das katholische Hauptorgan veranlaßt haben, derart in Form eines Aprilscherzes gegen das eigene Fleisch und Blut zu wüten? Man könnte annehmen, es besäße irgendein Kunstgeschmack genug, um einmal, wenn auch nur von hinten herin, der Heizererei seiner Freunde die Wahrheit zu sagen. Ein andres Motiv scheint uns aber wahrscheinlicher. Die „Rhein. Volksz.“ wollte mit diesem erdichteten Sammelkurium von gemeiner Schimpferei, tollsteter Unwissenheit und grotesker Uebertreibung die Opposition gegen die lex Heinze hineinlegen, um dann, wenn sich die Wälder über die erfindenen Angriffe Röden's empörten, frohlockend auszurufen: Seht ihr — so urteillos sind dieselben Leute, die für die Freiheit angeblicher Kunst und Wissenschaft kämpfen zu müssen glauben. Sie trauen einem gebildeten Mann, wie ihrem hochverehrten Freunde Röden, zu, daß er in lächerlichen Tiraden dieser barbarische Unwissenheit und unvorsichtige Rohheiten ausprechen könnte. Unser Aprilscherz hat die beabsichtigte Wirkung gehabt; er hat bewiesen, daß wirre geisteten Goethe-Bändler noch nicht einmal eine ernsthafte Meinung von einem travestierenden Ill zu unterscheiden vermögen. Und das wirkt sich zum Richter des öffentlichen Geschmacks auf!

Indessen das ist ein sehr gefährlicher Scherz, den sich die „Rhein. Volksz.“ da gestattet hat. Wir glauben, daß noch weit zahlreicher ihre eignen Parteigenossen hineingelegt werden als ihre Gegner. Sehr vielen aus der Nachbarschaft des liberalen Blattes wird der erdichtete Wölsinn aus der Seele gesprochen sein und das fromme Obskurantentum wird dem April-Röden als einem echten Nörgenzubeln. Denn in der That ist das, was in der fingierten Unterredung ausgeprochen ist, nur um eine Kleinigkeit schlimmer als was im Reichstag wirklich gesagt worden ist, und noch lange nicht so schlimm als was ein Sebastian Branner über moderne und klassische Kunst geschimpft und gefubelt hat.

Dieser merkwürdig unvorsichtige Aprilscherz wirkt wie eine ägende Selbstverhöhnung.

Die Agitation gegen die lex Heinze findet das „Welsblatt“ schlimmer als die im harmlosen-Prozess kühnsten Sittenlosigkeit. Eine vom Standpunkt des Feudaladels durchaus berechnete und verständliche Ansicht!

Die gräßliche Weltmachtsidee. Dem Junkertum wird immer schäwerer ob des Hanges möhgebender Personen zu Industrie und Handel. Das „Welsblatt“ klagt:

„Von der Haltung der Reichsregierung gegenüber dem Fleischbeschaugesetz auf ihr schuldnerisches Herz zu schließen, wird schwer, und um sich seiner Enttäuschung anzuleihen, ist es nötig, sich immer wieder die Thatfache vor die Augen zu rufen, daß nicht nur der deutsche Reichskanzler und seine Descendenz liberal ist, sondern daß auch ein gut Teil der hohen Reichsbeamten und der verantwortlichen Minister in den Einzelstaaten bereits von der Weltmachtsidee derart befallen sind, daß ihnen Großhandel und Großindustrie als die saats- und volkswirtschaftlich einzig und allein zu berücksichtigenden Faktoren gelten. Handwerk, Kleinindustrie, Kleinhandel und Landwirtschaft müssen zu Gunsten der Geld ins Land bringenden Grobverhältnisse zurücktreten, sie sind „absterbende Gruppen“, die man der „Entwicklung“ überlassen muß. Diese Entwicklung aber ist auf „Industrialisierung“ gestellt.“

Da sollten die Junker doch wahrhaftig der „Weltmachtsidee“ trohen und ihr Werkzeug, die Flotte, ablehnen.

Gegen das agrarische Zuchtungsrecht in Neuf wendet sich die agrarische Zeitschrift „Das Land“:

„Die immer größer werdende stultierende Arbeiterzehr aber könnte darin einen Anlaß finden, dem Lande ganz und gar den Rücken zu kehren. ... Säten wir und vor allem vor dem Glauben, daß die rechtliche Sonderstellung des Landarbeiters irgendwelche Mithilfe leisten kann bei der als notwendig erkannten wirtschaftlichen Differenzierung des Landarbeiters vom Stadtarbeiter! Vermöhen wir uns vielmehr ganz im Sinne der noch dem Lande verbliebenen besseren Elemente, das Interesse an die heimische Scholle — sei es durch Anteilwirtschaft, sei es durch Pacht, sei es durch Eigentum, sei es durch moderne Wiederkultivierung der Allmende — zu fördern.“

Das sind so naheliegende Einwände, daß sie auch der bornierteste Agrarier einsehen muß. Aber ganz so dummt ist das Verhalten der Agrarier doch nicht. Derartige Zuchtungsanträge sind nur ein erster Versuch, der dann seine entsprechende Ergänzung finden soll. Erst wird der Kontrakt der Landarbeiter und jede Koalition bestraft werden, und dann wird man — um die Landarbeiter nicht durch diese Maßregel in die Industrie zu treiben — die Freizügigkeit beschränken oder aufheben. So wird man die Landarbeiter an Händen und Füßen fesseln, sie durch das Gesetz an Ketten legen, die in Afrika die Schwarzen wirklich tragen. So ländigt denn auch bereits die „Rheinische Volkszeitung“ an, an möhgebenden Stellen werde erwogen, ob es anständig sei, minderjährigen nur dann eine Aufenthalts-Veränderung zu gestatten, wenn die Erlaubnis der Eltern bez. des Vormunds vorliegt und der Nachweis erbracht wird, daß sie am neuen Aufenthaltsort bereits ein festes Arbeitsverhältnis besitzen. Auch werden gesetzliche Bestimmungen erwogen, welche den Gemeinden das Recht erteilen, neu anziehende Personen abzuweisen, wenn diese nicht den Nachweis einer den sittlichen und hygienischen Anforderungen entsprechenden Wohnung erbringen, unter gleichzeitiger Beschränkung des Schlafstellenumwens.

Die Leibeigenschaft ist junkerliches Ideal! —

Verstand unter Wasser. Zum 1. April schälerte das „Berl. Tagebl.“ wie folgt:

„Eine bemerkenswerte Aeußerung aus dem socialdemokratischen Lager findet sich im neuesten Heft der „Neuen Zeit“. Von keinem Geringeren als von dem Geschichtsschreiber des Socialismus, Herrn R. Kautsky, geht sie aus, und sie betrifft nichts Geringeres als die Verantwortung der Frage, welche Stellung die deutsche Socialdemokratie zur Flottenvorlage nehmen soll. Herr Kautsky verlangt von seinen Parteigenossen, daß sie sich bei der Verteilung dieser Flottenvorlage nicht von dem Gefühl des Gegenlatzes zu der bestehenden Regierung leiten lassen mögen. Herr Kautsky sagt wörtlich:

„Es wäre gerabegut selbstmörderisch, wollten wir uns einer Forderung, die im Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts notwendig ist, deshalb widersetzen, weil sie von einer Regierung erhoben wird, die dem Proletariat feindlich gegenübersteht. Gewiß müssen wir diese Regierung bekämpfen — aber dort, wo sie unrecht hat, nicht dort, wo sie im Recht ist. Ob sie recht hat, das ist also die Frage, um die es sich handelt.“

Also vor allem: Keine Revanche für die Zuchtungsanträge! Man muß bekennen, dieser hohe Grad von Unbegreiflichkeit, wie er sich in den oben angeführten Sätzen bekundet, verdient jede Anerkennung.“

Wer mag das „Berliner Tageblatt“ wieder mit dieser erstaunlichen Reimungsäußerung hineingelockt haben? Das Blatt findet eine Aeußerung Kautsky's von sensationeller Bedeutung, die einfach die Tollst bezeichnet, welche die Socialdemokratie seit jeder befohlen hat, daß sie nämlich alle Vorlagen auf ihren sachlichen Wert zu prüfen hat und sich nicht durch

Stimmungen in ihrem Urteil leiten läßt! Das Lustigste aber an der Tageblatt-Konfusion ist, daß Kautsky's Satz sich fast gegen den besondern Schilling des „Berliner Tageblatt“ richtet, gegen jenen auch-socialdemokratischen Erich Köster, der — wie Moses Blatt einst jauchzend verkündete — für die Flotte saglich eintrat und nur aus Groß über die Zuchtungsanträge und die ganze übrige reaktionäre Wirtschaft in der Gegenwart die Mittel verweigern wollte. Im besten Augenblick zu diesem Tageblatt-Socialisten legte Kautsky die socialdemokratische Partei-Anschauung dar, daß wir uns nicht durch Sentiments der Verbitterung beeinflussen lassen dürfen, sondern an konstanten Gründen die Flottenvorlage in jeder Hinsicht ablehnen müssen. Bieleitigkeit kann man wahrlich dem „B. Z.“ nicht absprechen; erst frohlockt es über Erich Köster, dann jubelt es über seinen feiglichen Widersacher Kautsky. Schade nur, daß das „Berl. Tageblatt“ nichts von der meisterhaft klaren und überzeugenden Beweisführung Kautsky's gegen die Flottenvorlage protokolliert hat; es hat dadurch eine günstige Gelegenheit verpasst, das geistige Niveau über die Oberfläche des Wassers zu heben.

Fleischbeschaugesetz. Der Ausschuss des Bundes der Landwirte hatte sich „fast einstimmig“ dafür ausgesprochen, daß es für die deutsche Landwirtschaft unmöglich sei, über die Beschlässe der zweiten Lesung hinausgehende Konzessionen zu machen. Die konservativen Parteiführer Professor v. Rantzeffel-Crosien und Graf v. Mirbach-Corquitten veröffentlichten jetzt dazu die Erklärung in der „Ston. Korresp.“, daß sie mit den Beschlässen des Ausschusses nicht übereinstimmen. Wahrend hierfür sei:

1. Die Ueberzeugung, daß ohne Konzessionen das vorgelegte Gesetz scheitern, daß aber durch Verabschiedung desselben ein wesentlicher Fortschritt gegenüber dem gegenwärtigen Zustand eintritt werde. 2. Daß es von sehr hoher Bedeutung sei, eine möglichst große Majorität für dieses Gesetz zu erlangen, dies aber nur auf Grund bestimmter Konzessionen sich erreichen lasse. 3. Daß ein entschiedenes Zusammengehen der großen maßgebenden Parteien schon mit Rücksicht auf die Gegnerschaft von weittragender Bedeutung sei.“

Die Konservativen wissen recht gut, warum sie ein Kompromiß eingehen müssen. Das Fleischbeschau-Gesetz bringt ihnen außerordentliche Vorteile, auch wenn die Beschlässe der Reichstagsmehrheit in dritter Lesung eine Abschwächung erfahren. Es liegt für sie gar kein Grund vor, ihren Zorn mit der Regierung durch Beharren auf unfruchtbar Forderungen zu verfahren. Die „unentwegte“ Opposition der Viertel-Gruppe mag dabei gar nicht unwillkommen sein, um beim Kompromiß mit der Regierung möglichst viel herauszuschlagen.

Abänderung der Geschäftsordnung. Die „Berl. Vol. Nachr.“ schreiben: „Anschließend rüfhet sich die Mehrheit zu diesem Kampfe durch Pläne zur Abänderung der Geschäftsordnung. Man will insbesondere Anzählung und namentliche Abstimmung bei allen rein geschäftsordnungsmäßigen Fragen ausschließen und bestimmen, daß die Kommen derjenigen, welche eine namentliche Abstimmung beantragt haben, für die Beschlußfähigkeit auch dann mitzählen, wenn sie sich von der Abstimmung fernhalten.“

So etwas wünscht die Rückwärtserei wohl, doch sie wird es nicht erreichen.

Das Ende des Socialistengesetzes. In dem Streit, wie das Socialistengesetz zu Fall gekommen sei, erklärt jetzt Graf Mirbach: „Daß nach seiner genauen Erinnerung die Darstellung des Herrn v. Heldorf in der entscheidenden Fraktionsitzung dahin ging, eine Ablehnung des Gesetzesentwurfs sei nach seiner Auffassung dem Fürsten Bismarck nicht unerwünscht, seine Würde die Wahl freimachen für ein schärferes wirksameres Socialistengesetz, das im Fall der Ablehnung der Vorlage zu genügt.“

Herr v. Heldorf hat in der That Bismarck nicht mißverstanden. Bismarck wollte das Gesetz scheitern lassen, um sich als „Staatsretter“ in seiner sinkenden Macht behaupten zu können.

Ausgewiesene Majoratsherren. In den ältesten und begütertsten westfälischen Adelsgeschlechtern katholischer Konfession gehören die Freiherren v. Voelcklager. Die Freiherren Dietrich und Wolfgang v. Voelcklager, Söhne des während des Kulturkampfes nach England übergesiedelten und naturalisierten Herrn Maximilian v. Voelcklager sind kürzlich durch Verfügung des Regierungspräsidenten aus den preussischen Staatsgebiet ausgewiesen worden, weil sie sich als Ausländer listig gemacht haben. Der Voelcklager'sche Grundbesitz, der äußerst umfangreich ist, kann als Majorat nicht in andern Besitz übergehen.

Das ist doch wenigstens einmal eine Abwechslung in der Praxis der Ausweisung! —

Ueber das Auswanderungswesen liegt der Bericht der Reichskommission von 1899 dem Reichstage jetzt vor. Demnach hat die deutsche überseeische Auswanderung gegen das Vorjahr um eine Kleinigkeit zugenommen — von 22 221 auf 23 740 Köpfe. Bis dahin hatte die Auswanderung von 120 089 Köpfen im Jahre 1891 fortbauern abgenommen. Die geringe deutsche Auswanderung wird in dem Bericht zurückgeführt auf die günstigen wirtschaftlichen Verhältnisse und die bessere staatliche Fürsorge für die Arbeiter in Deutschland. Weit größer als die deutsche Auswanderung war die Auswanderung von Ausländern über deutsche Häfen. Dieselbe erreichte 1899 die Zahl von 130 646 Köpfen, darunter waren 57 394 Russen, 37 010 Oestreicher, 32 800 Ungarn. Von den ausländischen Auswanderern wanderten 105 151 nach den Vereinigten Staaten von Amerika, von den 23 740 deutschen Auswanderern 19 018. Unter den deutschen Auswanderern waren 2241 landwirtschaftliche, 2633 industrielle Arbeiter und 2325 Seefahrer der Handelsgewerbe. Unter den ausländischen Auswanderern über Bremen stellten die Russen, Polen, Kroaten, Slowaken, Galizier und Tschechen, sowie die unter diesen lebenden Juden das Hauptkontingent. Nach Südamerika wurden über Bremen im vergangenen Jahr 645 Personen, 64 mehr wie im Vorjahr, befördert; darunter waren 34 deutsche Reichsangehörige, während der Rest zum größeren Teil aus russischen Juden bestand, die sich nach Transvaal, Portugiesisch-Ostafrika und nach der Kapkolonie wandten, um dort Handel mit Gold und Edelsteinen zu treiben. Infolge des Transvaal-Krieges hörte die Auswanderung nach Südamerika im letzten halben Jahre gänzlich auf und es trat eine bedeutende Rückwanderung der jüdischen Handelsleute ein. In Bremen wurden 564 Personen gelandet, welche in den Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht zugelassen wurden, darunter 406 Oestreicher, 115 Russen, 34 Deutsche. Es befanden sich darunter 130 Personen, welche angeblich vor ihrer Einschiffung Arbeitskontrakte für Amerika abgeschlossen hatten. Von den über Hamburg Zugewanderten wurden 1899 305 Personen von der Landung in Nordamerika ausgeschlossen, darunter 119 Oestreicher, 177 Russen, 72 Deutsche. Ihre Zurückweisung hatten die davon Betroffenen fast ausschließlich selbst, und zwar dadurch verschuldet, daß sie bei Abschluß des Beförderungsvertrags über ihre Verhältnisse unwahre Angaben gemacht hatten. Auch die deutsche Auswanderung nach Brasilien über Bremen zeigte die nicht unbedeutende Vermehrung um 400 Köpfe (1898: 629, 1899: 1030), was zum größten Teil der Konzessions-Erteilung für die holländische Kolonisations-Gesellschaft zuzuschreiben ist. Der frühere Auswanderer-Verkehr über Stettin wurde Ende Juli 1898 unterbrochen und im Jahre 1899 nicht wieder aufgenommen. Von den 23 740 deutschen Auswanderern gingen 6128 über Bremen, 10 660 über Hamburg, 2870 über Antwerpen, 829 über Rotterdam und Amsterdam, 250 über Cherbourg und Havre.

Im 11. hannoverschen Wahlkreis — Northeim-Embsel-Osterode — hat die Wahlaktion bereits begonnen, trotzdem das Mandat des Bändlers Harriehausen vom Reichstag noch nicht laffert ist. Die Nationalliberalen haben ihren vorigen Kandidaten, den Kupferwerbesteller Jorns, wieder aufgestellt. Der Bund der Landwirte hat bereits eine Verlammlung mit Diederich Hahn in Northeim abgehalten, und auch ein besonderer Handwerkerkandidat ist bereits in der Person des Schuhmachermeisters Hartjenstein hervorgetreten. Ein westlicher Kandidat tritt sicher wieder auf und auch die National-Socialen sollen beabsichtigen, einen Kandidaten aufzustellen, so daß uns diesmal 5 Gegner gegenüberstehen dürften.

gegen 4 bei den allgemeinen Wahlen. Unsere Partei war 1898 in Schwach, blieb aber bei dieser um 2000 Stimmen hinter dem Wähler zurück.

Und Hessen, 31. März. (Fig. Ver.) Die Zweite Kammer erledigte in der verflochtenen Woche die Beratung des Nachtragsbudgets. In einer heißen Debatte gab die **Erhöhung des Staatsbeitrags an die evangelische und die katholische Kirche** Anlaß. Charakteristisch für die Entwicklung des heftigen National-Liberalismus war der Feuersturm, mit dem von dieser Seite für die Vorlage gekämpft wurde. Dieselben Leute, die vor 25 Jahren die finanzwirtschaftliche Trennung von Staat- und Kirchenverwaltung empfahlen und im wesentlichen durchgeführt haben, arbeiten heute darauf hin, dieses Prinzip wieder zu beseitigen. Und das alles um die Kirche zu stärken zum Kampf gegen die „atheistische“ Sozialdemokratie. Von unserer Seite wiesen die Abg. David und Ulrich die gegen die „socialdemokratische Weltanschauung“ gerichteten Angriffe scharf zurück: die moderne Weltanschauung nehme die volle Gleichberechtigung in Staat und Parlament für sich in Anspruch. Wie empfindlich doch neuerdings die „religiösen“ Gefühle der herrschenden Rechte geworden sind! Die Bemerkung des Abg. Ulrich, daß die kirchliche Weltanschauung wie andere Weltanschauungen auf Hypothesen beruhe, wurde als „ungehörig“ gerügt. Dasselbe Schicksal ereilte die Bemerkung des Abg. David, daß eine Kirchenmoral, die aus Furcht vor Höllestrafen oder auf Himmelshoffnungen beruhe, eine rüchsende sei im Vergleich mit einer lediglich auf sociales Wohlgefühl begründeten Ethik. Viel weniger feim und verleglich ist das Gefühl dieser frommen Herren für die Ehre des praktischen Christentums. Das zeigte sich wieder bei einer Reihe von Einwürfen, bei denen von socialdemokratischer Seite Besserstellung der niederen Angestellten verlangt wurde. Einen geradezu skandalösen Fall von Arbeiter-anspöckelung brachte der Abgeordnete David zur Sprache. In Mainz hat die preussisch-hessische Eisenbahnverwaltung verfügt, daß die ganz auf freien Verdienst angewiesenen Bahnhofs-Gepäckträger jeden sechsten Tag ohne jedes Entgelt von morgens 5 Uhr bis abends 8 Uhr für die Verwaltung arbeiten müssen. Die Leute haben damit den sechsten Teil ihres im Winter ohnehin sehr lässlichen und unsicheren Verdienstes verloren. Also die Staatsbehörde läßt sich von armen Dienstmannern einen Frohntag unsonst leisten für die gnädige Gelandschaft, die übrigen Tage auf dem Bahnhofs-Gepäckträgerarbeit zu suchen. „Ach, ärgerlich!“ Die hessische Regierung rang die Hände und erklärte, sie habe kein Recht mehr, in solche Dinge einzugreifen, das sei nach dem Eisenbahnertrag Sache des preussischen Ministers; eine Erklärung, die unrichtig geordnet Anlaß gab, das Verdienst der Nationalliberalen, die diese schäner Vertragbestimmungen zu stande gebracht haben, ins Gedächtnis des Volkes zu rufen.

Die Agrarier der Kammer haben, entsprechend ihrem Vorgehen in anderen Bundesstaaten, einen Antrag eingebracht, die hessische Regierung solle ihre Bundesstattdirektoren anweisen, das Fleisch-Beisetzungs-Gesetz in der Kommissionssitzung anzunehmen. Da werden die Geister heftig aufeinandergeplänzt und die neue Organisation, die sich die nationalliberale Fraktion gegeben hat, um ihrer leistungsfähigen Verfahrensweise ein Ende zu bereiten, wird Gelegenheiten haben, sich zu bewähren. Auch das Centrum dürfte einige Leibschmerzen bekommen.

Der Fall Lipp in der bayerischen Kammer. Gelegentlich der Beratung der Rechnungsabrechnungen zum Pensionatet kamen am Montag die Äußerungen des Professors Lipp's-Mündchen in einer Veranlassung gegen die 10x Heinge über die heutige Rechtsprechung zur Sprache. Wagner (liberal) betont, daß der bayerische Richterstand unfähig sei, sich durch Rücksichten nach oben bestimmen zu lassen. v. Söllmar verlangt das Recht freier Meinungsäußerungen auch für Beamte. Nebenbei habe Lipp nicht von der Beständigkeit der Richter im gewöhnlichen Sinne gesprochen. Geiger (Centr.) meint, wenn ein Mitglied des Centrums so gesprochen hätte, würde man in schärfster Weise vorgehen. Es bleibe bedauerlich, wenn ein Universitätslehrer solche Äußerungen thue. Casselmann (liberal) hält Lipp's Worte, wie sie thatsächlich gefallen sind, für unbedenklich. Daller (Centr.) meint, ein Mann, der aus dem Norden nach Bayern gekommen sei, habe um so mehr die Pflicht, zu solchen verstandenen Worten eine authentische Erklärung abzugeben. Der Justizminister v. Leonrod bedauert die Äußerungen des Prof. Lipp's. Gegen Lipp's, der augenblicklich in Italien weilt, solle nicht auf dem Wege des Ermittlungsverfahrens durch den Staatsanwalt vorgegangen werden, sondern auf dem Wege der Vernehmung durch den Justizminister. Heim (Centrum) tadelt, daß Lipp in besonderer Weise behandelt werde. Kultusminister v. Landmann erklärt, er werde Lipp nach seiner Rückkehr aus Italien vernehmen. Hammer Schmidt (liberal) bemerkt, die Äußerung von Lipp sei unvorsichtig gewesen, da sie Widersprüche hervorgerufen habe, doch habe Lipp den Richtern keine Verschämlichkeit vorgeworfen. Die Beamten müßten das Recht der freien Meinungsäußerung haben. Geiger (Soc.) meint, Lipp habe nur gesagt, was seine Kreise, selbst die Richter denken.

Das Ende einer Staatsoffizien. Der Staatsanwalt in Hof hatte die Nr. 2 der „Oberfränk. Volksztg.“ beschlagnahmten lassen wegen eines Notiz über den **Neujahrsordenregen**. Um gleich ganze Arbeit zu machen, erobert er nicht allein gegen den Redacteur G. Gärtner in Nürnberg, sondern auch gegen den Drucker C. Oetzel in Nürnberg und gegen den Verleger J. Zaubald in Hof Anklage wegen **Beleidigung des Prinzregenten von Bayern**. Das Landgericht in Hof hat jedoch dem eifrigen Hüter der Ordnung nicht den Gefallen gethan, es lehnte die Anklage ab und setzte die drei Genossen außer Verfolgung.

Die Lawine der Kolonialausgaben.

Ein Schutzbataillon-Lehrbatalion empfiehlt der frühere mehrjährige Landeshauptmann von Südwestafrika, Major von Francois. Dasselbe müsse, in Deutschland garnisierend, die zweimährige Ausbildung sowie den laufenden Ertrag der verschiedenen Schutzbataillone für unsere Kolonien sicherstellen. Das zu errichtende Schutzbataillon-Lehrbatalion ist in der Stärke eines Friedensbatalions mit doppelter Waffenausstattung gedacht. Die Zusammensetzung würde einen Etat von 35 Offizieren, 8 Sanitätsoffizieren, 10 Zahlmeister-Kapitän, Oberfeuerwerker, Koharzt, Bäckersmacher, 67 Unteroffiziere aller Waffengattungen, 320 Infanteristen, 66 Kavalleristen, 40 Feldartilleristen und 140 Mannschaften der Pioniere sowie des Trains ergeben. Außerdem 43 Handwerker. Als Lehrmaterial 167 Pferde, 100 Maultiere, 5 Feldkanonen und 4 Maxim-Geschütze.

Daß das Schutzbataillon-Lehrbatalion vom Standpunkt der Kolonialverwaltung aus eine wünschenswerte und möglicherweise auch rationelle Institution sein dürfte, mag gern zugestanden werden. Der A. gelangt hat, muß sich auch aus Weiterbildungsgründen gebühren, aber daß das Schutzbataillon-Lehrbatalion den Kolonialetat abermals um ein respektables Stämmchen aufzuweilen laßt, wird, ist ebenso unbedenklich. Das Zahlen aber lehnen bekanntlich unsere westmächte, politischen Projektensmacher in vornehmer Bescheidenheit ab.

Kolonialfreunden.

Aus Kamerun kommen immer betrübendere Nachrichten. Der Zustand der Stämme des nördlichen Binnenlandes wächst, der Betrieb der Plantagen am Kamerungebirge ist aufs äußerste gefährdet und teilweise bereits eingestellt. Der Mangel an Arbeitskräften macht sich immer fühlbarer. Die Versuche, aus dem Kolonialland Arbeiter heanzuziehen, sind bisher völlig gescheitert. Was vor einigen Jahren Dr. Jung, Dr. Effer und andere gelungen war, ist jetzt infolge des Aufstehens der Eingeborenen nicht mehr möglich. Eine vor einigen Monaten unternommene Expedition scheiterte an der feindseligen Haltung der das zu passierende Gebiet bewohnenden Stämme. Ihr Führer, Herr Conrau, mußte das Wagnis mit dem Leben bezahlen. Auch ein neuerlicher, vor einigen Wochen unternommener Versuch, mit einer

wohl ausgerüsteten Expedition das Binnenland zu erreichen, erschloß das Meliorationsgebiet der so heizigehnten Plantagenarbeiter nicht: alle Zugänge zum Hinterland erwiesen sich als gesperrt, die Expedition mußte vor dem Feuer der Eingeborenen den Rückzug antreten. Es besteht aber gar keine Aussicht mehr, aus dem Schutzbereich selbst Arbeitskräfte zu erhalten. Die kolonialfreundliche Presse äußert die Befürchtung, daß, falls nicht eine gründliche Aenderung Platz greife, das **Schicksal Kameruns als Pflanzungskolonie für die nächsten Jahre besiegelt sei.**

Das sind äußerst erbauliche Aussichten für diese Werte im deutschen Kolonialbesitz. Die ohnehin sich ungemein langsam vollziehende Entwicklung der Plantagenwirtschaft wird auf Jahre hinaus lahm gelegt werden, der **Reichszufluß** aber wird um so mehr wachsen, als die Strafexpeditionen bei der Ausdehnung und binnern Bevölkerung des Landes — auf ca. 1/2 Million Quadratkilometer entfallen nur 3/4 Millionen Einwohner, darunter wegen des Klimas nur ein paar Hundert Europäer — kaum allgubald die „Ruhe“ im Land wiederherstellen dürften.

Ausland.

Zur Lage in Italien.

Aus Rom schreibt man uns unterm 30. v. M.: Nach der gestrigen Ueberrumpelung der Kammer, die ohne Diskussion den Vorschlag Pellour annahm, beschloß die äußerste Linke, den Gang der parlamentarischen Maschine ins Stocken zu bringen. Und in der That, nach dem skandalösen Vorgehen des Präsidenten, der die Abstimmung geschäftsordnungswidrig hatte vornehmen lassen, blieb den Verteidigern der Freiheit und des Rechts nur das eine übrig.

Und heute morgen hat die äußerste Linke ihrem Beschluß gemäß gehandelt. Gestern abend hatte Pellour in einer Veranlassung der Majorität erklärt, die Regierung beabsichtige die Unterdrückungs-gesetze zurückzuziehen, aber die Abänderung der Geschäftsordnung müsse durchgeführt werden. Durch jenes Versprechen ließ sich jedoch niemand täuschen. Herr Pellour ist in der Alenne, und hat er einmal die Geschäftsordnung so geändert, daß die Minorität mundtot gemacht und die Regierung absolute Herrin in der Kammer ist, dann können nicht bloß alle Unterdrückungsmaßregeln durchgeführt werden, sondern auch die von den Reaktionen so heiß ersehnte Beschränkung des Wahlrechts. Unser Wahlgesetz ist zwar nichtsweniger als demokratisch — im Gegenteil; es schließt ja die Mehrheit des Volkes vom Wahlrecht aus —, allein es enthält einige liberale Bestimmungen, die Herr Crispi, der weiland Radikale, hineintrugte, z. B. die Bestimmung, daß, wer lesen und schreiben kann und einige Elementarkenntnisse besitzt, des Wahlrechts teilhaftig ist. Und diese Bestimmungen sind den Reaktionen ein Dorn im Auge.

Genug, als heute morgen 10 Uhr Herr Colombo, der Kammerpräsident — er ist Leiter der Hochöfen von Terni — seinen Sitz einnehmen wollte, wurde er von der äußersten Linken mit einem Entschuldigungsantrag empfangen: Sinaudi, Sinaudi! Eisenstein von Terni brachte es ihm entgegen, und Papierrollen und Papierklagen flogen ihm um, einige auch an den Kopf.

Der so Empörung war ganz verdrückt, er stammelte ein paar Worte, die in dem Getöse verloren gingen, und schickte kreidbleich an dem Saal. Die Sitzung mußte aufgehoben werden. Die konstitutionelle Linke verhielt sich während der Scene ganz müssig, und die Rechte richtete an den Präsidenten ermunternde Rufe, die von dem Orlan aus der äußersten Linken übertrudt wurden.

In Italien ist jetzt jede Versammlung auf Befehl des Ministeriums verboten. Herr Pellour sagte es gestern Lipp und klar auf eine Anfrage Turatis, der wegen des Verbots einer Versammlung, die am Sonntag in Mailand stattfinden sollte, interpellierte: „Ich habe verboten und ich werde verbieten alle Versammlungen, die sich gegen die Einrichtungen des Landes und gegen die Kammer richten.“

„Aber — erwiderte Turati — was haben wir Deputierten denn hier zu machen, wenn die Regierung thut, was sie will? Ihre Antwort beweist schlagender als je die Notwendigkeit der Berufung einer konstituierenden Versammlung. Jedenfalls kann ich dem Herrn Minister versichern, daß Mailand es sich nimmermehr gefallen lassen wird, als eroberte Stadt behandelt zu werden. Wir dulden keine Aroatenwirtschaft!“

Die „Aroatenwirtschaft“ bezieht sich auf die „fünf großen Tage“ der Erhebung von 1848, deren Gedächtnis in diesen Tagen wieder gefeiert wurde. Damals galt der Kampf den Leistiköpfen, deren Armee in Mailand zumeist aus Aroaten bestand! Der Minister, der wie vor den Kopf geschlagen ist, ließ sich die Replik Turatis gefallen. Er schwieg.

Selbst die konservativen Blätter, wie der „Giorno“ und die „Gazzetta del Popolo“ von Turin, rufen den Ministern, ihre Demission zu geben, „weil sie die Krone compromittieren.“ Was wird die Regierung thun? Niemand weiß es. Am wenigsten Herr Pellour, dem die Dinge über den Kopf gewachsen sind.

Und was wird das Ende von Lieb sein? Gewiß ist nur, daß die Sozialisten es nicht sein werden, welche die Kosten dieses Lohu Sabotage zu tragen haben.

Die Sitzung der Deputiertenkammer am Montag beginnt mit der Verlesung der Protokolle der Sitzung vom 29. März. Die Verlesung hatte mehrere Erklärungen zur Folge. Ferreri erklärt, er werde das Protokoll genehmigen, weil in demselben vermerkt sei, daß zu dem Vorschlag des Ministerpräsidenten Pellour bezüglich der Aenderung der Geschäftsordnung drei Deputierte sich zum Worte gemeldet hätten, während der Präsident Colombo ohne Rücksicht darauf zur Abstimmung schritt. Indem er (Ferreri) und seine politischen Freunde das Protokoll genehmigten, behielten sie sich daher völlige Aktionsfreiheit vor. (Beifall auf der äußersten Linken.) Zanardelli erklärt im Namen seiner politischen Freunde, die ganze Beratung vom 29. März sei **gescheitert und nichtig**, (vehementer Beifall links.) Sonnino erklärt namens seiner Freunde, die Beratung vom 29. März sei völlig **geheimtätig** verlaufen und gültig. (Beifall im Centrum, Lärm auf der äußersten Linken.) Das Protokoll der Sitzung vom 29. März wird sodann ebenso wie die Protokolle der Sitzungen vom 30. und 31. März genehmigt.

Die Deputiertenkammer wählte nach Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzungen Colombo mit 265 Stimmen wieder zum Präsidenten. Auf Biancheri fielen 188 Stimmen; außerdem waren 13 weiße Zettel abgegeben worden.

Oesterreich-Ungarn.

Brag, 2. April. Nach zehntägiger Beratung des Kongresses der Realisten (die bisher zu keiner Partei organisiert waren) unter Führung des Professors **Masaryk** erfolgte heute die Konstituierung einer besonderen Partei unter dem Namen „**Czechische Volkspartei**“. In dem Programm der neuen Partei heißt es, daß diese eine Verständigung mit den Deutschen auf Grund völliger Gleichberechtigung beider Nationalitäten anstrebt, sich für die Abgrenzung der nationalen Bezirke ausspricht und hierin nicht eine Zerstückelung Böhmens erblickt, schließlich die Einführung des obligatorischen Unterrichts der deutschen Sprache an den czechischen Mittelschulen verlangt.

Budapest, 2. April. Abgeordnetenhause. Am Schluß der Debatte über das Budgetgesetz wendet sich Ministerpräsident v. Szell gegen die Behauptung Ungarns, daß die Bevorzugung des **deutschen Kapitals in Ungarn** jede Verbindung mit anderen Staaten abgeschnitten habe. Szell bemerkt, die vorherrschende Stellung des deutschen Kapitals beruhe auf der natürlichen Einwirkung eines benachbarten, überaus mächtigen Wirtschaftsgebietes. Von Vollständigkeit und Unverwundbarkeit könne keine Rede sein. Ungarn könne sich, selbst wenn das Bündnis-Verhältnis nicht bestände, von der Einwirkung der deutschen Wirtschaftsbewegung nicht emancipieren. Sodann wendet sich Szell gegen den liberalen Parteiführer Grafen

Kobanz Zich und ruft diesem zu: Die in den kirchenpolitischen Kämpfen entstandenen Bünden, deren Heilung Sie fordern, werden durch das von Ihrer Partei ausgegebene Schlagwort „Revision der kirchenpolitischen Gesetze“ wieder aufgerissen. An den kirchenpolitischen Gesetzen darf nicht gerührt werden. Auch diejenigen, welche sie früher bekämpft haben, müssen sich jetzt mit ihnen abfinden. — Diese Erklärung Szells wurde von den Liberalen mit lebhaftem Beifall begleitet.

Frankreich.

Die Konzeptionierung von Eisenbahnlagen in Syrien durchzuführen, soll der schon seit längerer Zeit verfolgte Plan der französischen Regierung sein. Die „Pol. Korresp.“ will sogar wissen, daß die Erfüllung der französischen Wünsche durch die Herte als unmittelfar bevorstehend anzusehen sei. Es würde zwar befremdend, wenn das anlagelustigere französische Kapital zurückstehen sollte, während das deutsche und russische Kapital sich zu gleichwertigen Gründungen großen Stils ansieht.

England.

London, 2. April. Unterhaus. Unterstaatssekretär Brodrick erklärt, die englische Regierung habe keinen Grund zu glauben, daß die portugiesische Regierung irgendwo ihre Pflicht vernachlässigt habe, die Landung von Kriegskontingente in Lourenço Marques zu verhindern. Der Erste Lord des Schatzes Balfour teilt mit, der Premierminister der Kapkolonie Schreiner habe Einwendungen gegen die Ueberführung der gefangenen Boeren nach St. Helena erhoben. Die englische Regierung habe die ganze Frage aufs reichliche erwogen, habe aber keinen Anlaß gefunden, von dem Plan abzugehen, eine gewisse Anzahl der Gefangenen nach St. Helena zu senden. Man fragt, ob die Verhinderung deshalb notwendig sei, um die Gefangenen in besonders sicherem Gewahrsam zu halten. Balfour erwidert, sie sei teilweise durch militärische Erwägungen bedingt.

Von einem englischen Erfolg in China wird das folgende berichtet: Zur Sühne für die Ermordung des englischen Missionars Brooks in Schantung durch chinesische Aufreister ist durchgeführt worden, daß zwei der Mörder erhängt, einer lebenslänglich, einer auf 10 Jahre und einer auf 2 Jahre ins Gefängnis geworfen wurden. Ferner soll auf Kosten der chinesischen Regierung eine Gedächtniskapelle mit einer Säulenhalle am Schauplatz der Mordthat errichtet und eine Gedächtnistafel in der Kathedrale von Canterbury angebracht werden. Nach den letzten Verichten aus den durch die geheime Gesellschaft der „Boxers“ in Unruhe versetzten Bezirken wird das Land ruhiger, wahrscheinlich, da der durch den Winter veranlaßte Müßiggang der Bevölkerung jetzt ein Ende gefunden hat.

Der „Erfolg“ ist, wenigstens nach der materiellen Seite hin, eigentlich ein ziemlich dürftiger.

Rußland.

Barische Abrüstung. Aus Petersburg wird gemeldet: Bereits seit einiger Zeit werden von der russischen Armeeverwaltung Versuche mit neuen **Schnellfeuer-Feldgeschützen** angestellt. Da das Kriegsministerium neue Feldkanonen einführen beabsichtigt, unter anderem hat die Artillerieverwaltung auch Schießversuche mit einem Schnellfeuergeschütz vorgenommen, das von dem General der Artillerie Engelhardt konstruiert ist. Die Ergebnisse haben in militärischen Kreisen „sehr befriedigt“. Die Regierung hat daher soeben beschlossen, gegen 1000 Geschütze nach dem Modell des Generals Engelhardt zu bestellen. Der Auftrag soll russischen Fabriken ausfallen.

Die Rivalität Rußlands und Japans in Korea soll in ein akutes Stadium getreten sein. Die weit den verschiedenen Konstellationen dieser Art Bedeutung beizumessen ist, entzieht sich für gewöhnliche Sterbliche der Beurteilung. Es heißt, die japanische Regierung sei entschlossen, jedem Angriff Rußlands auf Korea Widerstand zu leisten. In London beginnt man bereits, die Streitkräfte Rußlands und Japans in Ostasien gegeneinander abzumägen. Gelingen es Rußland, Korea zu zwingen, ihm die Insel Kosjedo abzutreten, so gewinnt es einen wichtigen Flotten-Stützpunkt, der England recht unangenehm werden könnte.

Nach einer Meldung der Londoner „Kabelpost“ befinden sich von dem russischen Geschwader in Ostasien, das zur Zeit aus zwei Schlachtschiffen, sieben Kreuzern, drei Torpedobooten und sechs Kanonenbooten besteht, allein vier Kreuzer und ein Torpedoboot in Masampo. Ein Schlachtschiff, ein Kreuzer und ein Kanonenboot sind zur Verstärkung der russischen ostasiatischen Flotte unterwegs und Port Arthur hat seit Wochen unausgeseht Truppenmassen erhalten. Durch ihre Agenten in New York soll die russische Regierung große Mengen Antisepitische mit kürzester Lieferungsfrist angelauft haben. Japan soll mit diesen russischen Rüstungen nicht nur Schritt gehalten, sondern diese auch, was die Flotte anbetrifft, erheblich überholt haben.

Daß auf der russischen und japanischen Wochenschrift in Washington die beruhigendsten Versicherungen über die absolute Friedlichkeit der Lage gegeben werden, dienet natürlich keine Garantie für das Nichtintreten erster Verwickelungen.

Bessere Friedensgarantien sind entschieden in der mihlichen finanziellen Lage Rußlands gegeben. — Registriert sei noch die etwas sensationell klingende Meldung von einer bevorstehenden Mobilisierung russischer Armeekorps.

Türkei.

Der Vormarsch Rußlands. Aus Konstantinopel wird telegraphiert:

Die russisch-türkischen Verhandlungen über den **Bau von Eisenbahnen im nördlichen Kleinasien** sind heute endgültig abgeschlossen worden. Danach ist die Türkei verpflichtet, sobald sie den Bau von Eisenbahnen innerhalb der Vertragsgrenzen nicht selbst bewirkt, die Konzeptionierung der Linien an russische Kapitalisten zu verleißen. Die Vertragsgrenze wird begrenzt im Westen durch die Linie Wadagor-Geraeoa, im Süden durch die Linie Angosa-Cafarea, Siwas, Armut, Diarbek und Man. Der Bau dieser Grenzlinien steht nach wie vor der Anatolischen Bahngesellschaft frei.

Der Vertrag bedeutet einen neuen Erfolg der russischen Diplomatie und des russischen Kapitalismus.

Partei-Nachrichten.

Freisinniges Lügenpad. Wir brachten vor einigen Tagen die Mitteilung über die Beschlüsse einer Parteiverammlung in Nürnberg, betreffend die Ueberführung des dortigen Parteiblatts in Parteibesitz, wozu inzwischen, wie der untenstehende Bericht zeigt, auch die Parteigenossen in Zürich Stellung genommen haben. Ueber diese Versammlung bringt das Centralorgan des in Nürnberg herrschenden Freisinn zwitterhafter Couleux einen Bericht, dessen sich weder ein Schweinburg noch ein Lauser zu schämen braucht und über den natürlich die ganze für Ordnung und Sitte streitende Prekrotte wie eine Schaar hungriger Hunde über einen Knochen herfällt.

In dem Bericht wird behauptet, daß nur „Angehörige der Zeitung und einige bekannte Agitatoren“ für Uebernahme der Zeitung gewesen wären. Oertel sei mit dem Antrage auf Uebernahme der Zeitung überfallen worden, weil es der Wille von Berlin aus gewesen wäre. Reuber auf Reuber nach dem Berichterstatter hätten „das tüchtigste Verhalten der Partelleitung“ hervorgehoben und ausgesprochen, die Partelleitung habe den Genossen Oertel ins Arrethaus gebracht. Die Abstimmung über die Uebernahme der Zeitung sei zweifelhaft gewesen.

Der „Courier“ versteht seinen Bericht mit der charakteristischen Einleitung: „Wir erhalten folgende Aufzählung.“ Er glaubt damit offenbar die Verantwortung dafür von sich auf den ungenannten Zuschreiber abwälzen zu können, seine Schuld wird aber im Gegenteil noch größer dadurch. Denn es wird damit zugestanden, daß die Redaktion die Kenntnis des Mitgeteilten nicht aus eigener Wahrnehmung hat, daß sie aber trotzdem diese Darstellung gebracht hat, obwohl ihr bei ihrer

Aufnahme der ausführliche gedruckte Bericht der „Fränkischen Tagespost“ bereits vorgelegen hat, aus dem sich ergibt, daß die Darstellung des „Courier“ das direkte Gegenteil der Wahrheit ist.

Wohl haben einige Redner Bedenken ausgesprochen und Vorwürfe erhoben nach der Richtung, daß über die Verhandlungen nicht genug in die Öffentlichkeit gekommen sei und auch Bedenken wegen der Existenz der Familie Dertel erhoben; das waren jedoch im ganzen vier Redner und auch diese haben ohne Ausnahme ausdrücklich erklärt, daß sie mit der Uebernahme der Zeitung in Parteibesitz durchaus einverstanden seien, nur hätten sie eine andre Art der Regelung gewünscht. Ein Redner wünschte, man solle warten, bis Dertel zurückkomme, weil er befürchtet, daß dieser sich nicht mehr an seine früheren Zusagen halten werde, erklärte sich aber sonst mit allen Ausführungen des Genossen Hermann, der über die Verhandlung mit Dertel berichtet hatte, ausdrücklich einverstanden.

Die erhobenen Bedenken wurden vollständig zerstreut durch die Ausführungen, die Hermann, sowie die Genossen Eisinger, Schern und Segal gaben. Es wurde festgestellt, daß Dertel die Forderung von 5000 M. als Uebernahmepreis selbst gestellt habe; das sei ihm bewilligt worden; daß Frau Dertel sich bereit erklärt hätte, die mit ihrem jetzt kranken Mann getroffenen Abmachungen anzuerkennen, daß Genosse Dertel den Druck der Zeitung behalte und daß schließlich der jetzige Grundbesitz nur provisorisch abgetrennt werden solle, damit Genosse Dertel in die Lage komme, die Revision desselben zu verlangen, sobald er wieder gesund sei.

Das der wirkliche Sachverhalt. Demgegenüber schämt sich das freisinnige Blatt nicht, die tendenziösesten Lügen über die Verhandlung zu verbreiten. Da ist es sehr angebracht, daß die „Fränkische Tagespost“ daran erinnert, wie der „Courier“ erst vor einigen Monaten über den Genossen Dertel Bergefallen ist wegen angeblicher Ausbeutung der Metallarbeiter-Organisation beim Druck des Nachbatters der Metallarbeiter. Die öffentlichen Erklärungen sowohl Dertels wie des Metallarbeiter-Verbandes, daß die Behauptungen des „Courier“ vollendete Lügen seien, wurden als ungläubhaft hingestellt. — Gestern also lag man den Dertel zum Ausbeuter, heute läßt man ihn zum unglücklichen Opfer. Das ist das Rezept der Freisinnigen und das ist auch das Rezept der Schweinburg-„Neuesten Nachrichten“, die heute über die Segnungen der Socialdemokratie mit ihrer Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ höhnten und gestern über die „kapitalistischen Mächte“ der Socialdemokraten zeteren und morgen wieder zeteren werden. Das geschieht natürlich nicht aus Unwissenheit, sondern aus — Lust am geistigen Kampfe.

Eine Mitgliederversammlung des socialdemokratischen Vereins in Würth beschäftigte sich ebenfalls mit der Uebernahme der Parteipresse und beschloß, daß an den mit dem Genossen Dertel vereinbarten Abmachungen unbedingt festzuhalten sei. Für den Fall, daß der Ueberführung Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden sollten, wurden die von Würth bestimmten Mitglieder der Handelsgesellschaft und des Schiedsgerichts beauftragt, sofort in Beratung darüber einzutreten, wie in kürzester Zeit ein Parteiblatt und eine Druckerei errichtet werden könne. In die Handelsgesellschaft wurden die Genossen Zil und Jörn gewählt.

In dem polnischen socialistischen Parteitage, der am 15. und 16. April in Berlin abgehalten wird, nahmen die Genossen in Posen, wie aus dort berichtet wird, Stellung. Nach längerer Diskussion, an der sowohl Genossen als Genossinnen teilnahmen, kamen nachstehende Resolutionen, die zu vertreten die polnischen Delegierten beauftragt wurden, einstimmig zur Annahme:

1. Die Socialdemokratie Posen erklärt einstimmig, daß sie gänzlich auf dem gemeinsamen Boden mit der deutschen Socialdemokratie steht, sowohl in betreff der Endziele der Bewegung, wie in betreff der nächsten Aufgaben des politischen Kampfes. Sie ist der Ansicht, daß ein erfolgreicher Kampf zum Schutz der unterdrückten polnischen Rationalität vollkommen und einzig auf diesem Boden möglich ist.

Von diesen Erwägungen ausgehend, fordert die Socialdemokratie Posen den Vorstand der Polnischen socialistischen Partei auf, von nationalitätlichen Präferenzen Abstand zu nehmen und alle seine Kräfte auf die Umlagerung der mächtig beginnenden Arbeiterbewegung in den polnischen Provinzen Deutschlands, d. h. im Posenischen und Oberpommern, zu richten.

2. Die Socialdemokratie Posen erachtet die Beschlüsse der Parteitage der deutschen Socialdemokratie als bindend für sich und nimmt an ihnen nach Kräften durch eigene Delegierte teil.

Die Delegierten für den polnischen Parteitag wurden, da den Socialdemokraten kein Lokal zu öffentlichen Versammlungen zur Verfügung steht, durch Unterschrift der einzelnen Genossen auf Listen gewählt. Der größte Teil der Posenischen Genossen beteiligte sich an der Wahl.

Auch das Saalfelder Volksblatt bestand am 1. April 10 Jahre. Bis zum 1. Oktober 1890 wurde es als Kopfblat des Thüringer Volksblatts wöchentlich zweimal ausgegeben und in Rudolstadt gedruckt. Seit dem 1. März 1892 erscheint es täglich, nachdem schon vorher die Druckerei nach Saalfeld verlegt worden war.

Eine Landeskonferenz der Parteigenossen in Schwarzburg-Sondershausen wird auf Sonntag den 15. April nach Arnstadt einberufen.

Totenliste der Partei. Am 28. März starb in Posen einer der thätigsten der dortigen Parteigenossen, der Steinmetz Otto Ponderoff im Alter von 30 Jahren an der Berufskrankheit. Sein Tod hat eine große Lücke in die Reihen der Vorkämpfer im Osten gerissen. Bei seinem Tod schwebt noch ein Strafverfahren gegen ihn wegen Verbreitung von Flugblättern.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Übermals 2 Monate.** In der am Sonnabend vor der Strafkammer Schwerin stattgefundenen Verhandlung gegen den Redacteur E. Groth und den Redacteur J. Schmidt wegen Verleumdung des Polizeigenossen Dr. König in Bismar wurde erstere zu einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten, letzterer zu einer Geldstrafe von 30 M. verurteilt. Der Staatsanwalt hatte gegen Groth 100 M., gegen Schmidt 20 M. Geldstrafe beantragt. Die Verleumdung soll in einer in Bismar am 2. Dezember v. J. stattgefundenen Versammlung, die sich mit städtischen Angelegenheiten beschäftigte und in welcher Genosse Groth als Redner auftrat, begangen sein, während der Genosse Schmidt als verantwortlicher Redacteur der „West. Volksztg.“ einen Bericht über diese Versammlung in die Zeitung aufnahm.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Adressenschreiber. Unter diesem Titel ist die erste Nummer eines Fachblatts des Centralvereins der in Adressenwesen und verwandter Branchen Beschäftigten zu Berlin erschienen. Das Blatt gelangt monatlich einmal zur Ausgabe, die Redaktion befindet sich Wallstr. 57.

Achtung, Töpler! Wegen Nichtbezahlung des Tarifs ist über die Arbeiten des Herrn Baumunternehmers Döhning, Schöneberg, Ebert- und Tempelhoferstraßen-Ecke, die Speere verhängt. Wir ermahnen die Kollegen, dies zu beachten. Die Lohnkommission der Töpler.

Die Arbeiter der Vereinigten Mörtelwerke legten gestern früh einstimmig die Arbeit nieder. Die Veranlassung dazu war, daß 8 Arbeiter, die neu eingestellt waren, nicht den vereinbarten Lohn von 25 M. pro Woche erhielten. Die Direktion gab zwar in dieser Frage nach, wollte jedoch die drei Vertrauensleute entlassen. Bei den Verhandlungen, welche gestern im Laufe des Tages durch Vermittlung des Centralverbands der Handels- und Transportarbeiter stattfanden, bestand die Direktion unter allen Umständen auf der Entfernung des ersten Vertrauensmanns, worauf natürlich nicht eingegangen werden konnte. Der Betrieb ruht fast vollständig. Nur 5

oder 6 Arbeiter des Betriebs führen den Mörtel, den sie zum Teil gar nicht los wurden und wieder nach Hause brachten. Zwei arbeitswillige fremde Arbeiter verließen bereits am Mittag resp. Abend wieder die Mörtelwerke aus Nummerwidersehen. Bei dem standhaften Festhalten der Beteiligten ist ihnen der Sieg sicher.

Die Zimmerer in Köpenick sind in den Streik eingetreten. Zugang ist fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Die Breslauer Expeditionskutscher und Arbeiter sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen statt ihres bisherigen Lohns von 10—18 M. pro Woche jetzt einen solchen von 18 M., was bei einer Arbeitszeit von täglich 14—16 Stunden gewiß nicht zu viel ist. Die Führer haben in ihrer letzten Versammlung beschlossen, nichts zu bewilligen und dürfte deshalb eine Arbeitsniederlegung untermiedlich sein. Von den beteiligten Kutschern und Arbeitern sind mehr als 80 Proz. im Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter organisiert.

In die Arbeiterschaft Deutschlands! Ueber 1000 Färbearbeiter von Elberfeld-Vornen befinden sich gegenwärtig im Ausstande, weil die Unternehmer von den Arbeitern verlangten, daß sie Streikarbeit verrichteten. Es war wohl selbstverständlich, daß ein solches Ansuchen seitens der Arbeiter entschieden zurückgewiesen wurde. Ueber 1000 Arbeiter befinden sich, wie gesagt, schon auf der Straße und fortgesetzt noch wird die Zahl vermehrt, da das Unternehmen, in einer Vereinigung organisiert, systematisch darauf hinarbeitet, durch eine allgemeine Ausbreitung die Organisation der Arbeiter zu brechen. Die uns nun bekannt ist, wird die Streikarbeit von den Unternehmern nachwärts verdrängt und dort auch verrichtet. Sollte diese Hilfe den Unternehmern in ausgedehnter Weise zu teil werden, dann würde der Widerstand der hiesigen Arbeiter bald gebrochen sein. Wir rufen deshalb an die Kollegen allerwärts die dringende und wohl auch berechtigte Bitte, uns nicht durch Streikarbeit in den Rücken zu fallen. Angesichts des weiteren Anwachsens der Zahl der Ausgesperrten ist die Unterstützung seitens der Kollegen allerwärts dringend geboten. Zuschriften und Geldsendungen sind zu richten an Emil Ester, Vornen, Gewerkschaftshaus, Parlamentstr. 5.

Streikvergehen. Das Schöffengericht Zwickau verurteilte die Vergarbeiter Waier und Meinel wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung zu 3 resp. 4 Wochen Gefängnis. Die Verurteilten sollten beim letzten Vergarbeitsstreik verhaftet haben, Arbeitswillige durch ehrentretende Bemerkungen zur Teilnahme am Streik zu veranlassen. Ein dritter angeklagter Vergarbeiter wurde wegen des gleichen Vergehens zu einer Woche Haft verurteilt.

Die Holzindustriellen in Bremen versuchen durch Agenten in Schlesien und Posen Arbeiter anzuwerben. Da im Bremen die Arbeiter auf Holzplätzen und in Habelwerken in Streik leben, so ist dringend zu wünschen, daß der Zugang streng ferngehalten wird.

Zwangsinnung-Herrlichkeit. Trotz verzweifelter Gegenwehr einiger Zwangsinnungs-Familien wurde die Bauhandwerker-Zwangsinnung in Weidertich in einer dritten außerordentlichen Generalversammlung aufgelöst. Die geheime Abstimmung ergab 85 Stimmen für Auflösung und nur 11 Stimmen dagegen.

Ausland.

Der dritte Kongress der Gewerkschaften und Arbeiter-Bildungsvereine Oesterreichs ist einberufen. Er findet vom 11. bis zum 14. eventuell 15. Juni d. J. in Wien statt, und ist vorläufig folgende Tagesordnung festgesetzt: 1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten (Berichterstattung der Delegierten, Wahl des Bureau, der Mandatsprüfungs-Kommission und Feststellung der Präsenzliste.) 2. Simulations- und Rechenschaftsbericht der Gewerkschaftskommission. 3. Organisation und Agitation. 4. Streik und Bonkot. 5. Die sociale Gesetzgebung in Oesterreich. 6. Die Arbeitsvermittlung. 7. Presse. 8. Anträge und Anfragen, die bei obigen Punkten nicht erledigt werden konnten.

Die Zeitungsführer in Brüssel haben ihren Ausstand beendet. Sämtliche Zeitungen haben die Forderungen bewilligt. In den Accidenzdruckereien befinden sich noch 600 Schriftsetzer im Streik.

Der Krieg.

Eine schwere Schlappe der Engländer

meldet der Telegraph aus dem Oranje-Freistaat. Die Annahme, daß die Widerstandsfähigkeit der Boeren durch die Gefangenahme Cronjes noch keineswegs gebrochen worden sei, wurde durch die Bewegungen der Boeren-Abteilungen während der letzten Tage bestätigt, und sie erhält eine besonders glänzende Bestätigung durch das neueste für die Boeren so glänzend verlauene Gefecht.

Das „Neuerliche Bureau“ meldet vom 31. März via Bloemfontein aus Sussmanloop: Eine vom Obersten Broadwood beschickte, aus Kavallerie, zwei Batterien Artillerie und unter dem Befehl des Obersten Pilcher stehender berittener Infanterie zusammengesetzte Truppe, die in Thabanchu garnisonierte, mußte sich in der letzten Nacht zurückziehen, da eine große Boerenstreitmacht sich näherte. Die Truppe marschierte nach den Wasserwerken von Bloemfontein, südlich vom Modder River, woselbst sie um 4 Uhr früh ein Lager bezog, welches bei Tagesanbruch von rückwärts mit Granaten beschossen wurde. Broadwood schickte als Rückendeckung zurückließ. Der Zug gelangte in ein tiefes Flußbett, woselbst sich Boeren verstreut hielten; so geriet die ganze Abteilung in einen Hinterhalt und wurde mit Einschluß von sechs Gefangenen gefangen genommen. Der Verlust an Menschenleben ist nicht groß, da die meisten Mannschaften in den Hinterhalt gerieten, bevor ein Schuß abgegeben war. General Colvilles Division, die heute früh Bloemfontein verlassen hatte, traf um 12 Uhr hier ein, und hat das Granatfeuer auf den Feind begonnen.

Aus dem Telegramm geht jedenfalls soviel hervor, daß die Schlappe der Engländer eine empfindliche gewesen sein muß. Wie groß die Zahl der in die Gefangenenschaft der Boeren geratenen Engländer ist, läßt sich nach dem auch in der Schilderung der Vorgänge nicht ganz klaren Bericht noch nicht abschätzen. Einzelne Blätter sprechen bereits von 3—4000 Gefangenen, doch können diese Berechnungen auf Zuverlässigkeit keinen Anspruch erheben. Gering können die englischen Verluste aber jedenfalls nicht gewesen sein. Wenn es in dem Bericht heißt, daß der Verlust an Menschenleben nicht groß gewesen sei, da die meisten Mannschaften infolge ihrer hoffnungslosen Lage ohne dem human Empfindenden gewiß zur Gemüthung, an der strategischen Bedeutung des Boeren Erfolges ändert er jedoch nicht das geringste. Die Boeren haben jetzt ihre Rebange für die Kapitulation Cronjes. Der bedeutende Erfolg wird geeignet sein, die, wenn auch nicht verzweifelte, so doch infolge Cronjes Kapitulation und Jouberts Tod deprimierte Stimmung der Boerenstreiter zu heben.

Ob das gemeldete Entressen der Division General Colvilles dem für die Engländer so ungünstig einsehenden Kampf auf dem vorgeschobenen rechten Flügel des General Roberts eine andre Wendung geben wird, ist noch nicht abzusehen. Auch Bemerkungen lassen sich kaum aussprechen, da nichts Bestimmtes über die Stärke der beiderseitigen Truppenkörper verlautet.

Ueber das Gefecht bei Brandford

im Norden von Bloemfontein tragen wir noch folgende Nachricht vom 31. d. M. nach:

Die Abendblätter melden aus Bloemfontein vom 30. d. M.: Das Gefecht, das am 29. d. M. bei Brandford stattgefunden hat, dauerte von 11 Uhr vormittags bis zum Eintritt der Dunkelheit. Der Befehlshaber der Boeren in Kroonstad hatte 6000 Mann abgefanbt, um Brandford zu halten. Diese besetzten die Hügelketten südlich von Brandford. Die Verluste sind auf beiden Seiten beträchtlich.

Ein Teil der Boerentruppen schen sich an dem Gefecht nicht zu beteiligen. Man schätzt die Zahl der an dem Kampfe beteiligten feindlichen Truppen auf 2000 bis 3000.

Die Boeren scheinen also ziemlich starke Abteilungen um Bloemfontein konzentriert zu haben, sodas man Nachrichten über weitere Zusammenstöße erwarten darf. Ob Roberts seine von ihm nach London gemeldete Absicht, bereits in nächster Woche einen weiteren Vormarsch zu unternehmen, wird ausführen können, erscheint angesichts der augenblicklichen Situation zweifelhaft. Allerdings wird Roberts befreit sein, die

Entscheidung Maselings

zu beschleunigen, da dort unter den meist aus der Kapkolonie stammenden Truppen das Fieber stark grassiert.

Nach den

neuesten Telegrammen

schumpft die Niederlage der Engländer allerdings ganz erheblich zusammen.

Eine Depesche Lord Roberts' über die vorgestern erfolgte Erbeutung eines britischen Konvois durch die Boeren meldet, daß Oberst Broadwood sieben Gefühle mit seinem ganzen Gepäck verlor und seine Verluste auf etwa 850 Mann schätzt, darunter mehr als 200 Bernichte.

„Daily Chronicle“ meldet in einer Sonderausgabe vom heutigen Tage aus Bloemfontein: Die Engländer haben die von Oberst Broadwood verlorenen Kanonen wieder gewonnen. Die Wasserversorgung Bloemfonteins ist von den Boeren abgeschnitten worden.

Ob Roberts Angaben der Verluste nicht zu niedrig gegriffen sind und inwiefern die Mitteilungen der „Daily Chronicle“ auf Wahrheit beruhen, werden bei der widerspruchsvollen und unzuverlässigen Berichterstattung erst die nächsten Tage lehren können.

Der Gesundheitszustand der Boeren-Gefangenen

ist andauernd ungünstig.

Den Typhus und die Malaria, an welchen die gefangenen Boeren auf den Transportschiffen leiden, haben sich dieselben in den Versammlungen von Paardeberg zugezogen. Der Admiral und der oberste Militärarzt haben die Transportschiffe besichtigt und den Befehl erteilt, daß alle transportfähigen Kranken in ein besonderes Hospital am Land gebracht werden. Es ist Vorsorge getroffen, daß keine Ueberfüllung stattfindet.

Die Abfahrt der Transportschiffe mit den nach St. Helena bestimmten gefangenen Boeren ist infolge des zunehmenden Krankenstandes verschoben worden. In der letzten Woche sind zwölf Mann gestorben.

London, 1. April, 9 14 nachm. Der „Egghange Telegraph Company“ meldet aus Kapstadt: Es herrscht dort großes Erstaunen darüber, daß Lord Methuen plötzlich nach Kimberley zurückgekehrt ist.

Lezte Meldungen.

London, 2. April. „Daily Chronicle“ meldet, daß die 6 Gefühle, welche gestern den englischen Truppen abgenommen waren, heute wieder zurückerobert wurden. Die Zahl der englischen Verluste beträgt 350, darunter 200 Gefangene.

London, 2. April. Lord Roberts telegraphiert aus Bloemfontein in unter dem 1. d. Mts. abends: Nach sieben eingegangener Meldung haben die Boeren sich in der Richtung auf Ladybrand zurückgezogen; sie haben die englischen Verwundeten nicht mitgenommen, sondern 12 verwundete englische Offiziere und etwa 70 Mann bei den Wasserwerken zurückgelassen, wofür wir jetzt eine Ambulanzabteilung senden.

London, 2. April. Das „Neuerliche Bureau“ erzählt über den genauen Weg, den die nach Rhodesien bestimmte Truppe unter Oberst Carrington einschlagen solle, sei noch keine endgültige Entscheidung getroffen. Für den Fall aber, daß die Bechana-Land-Eisenbahn noch nicht wieder für den Verkehr offen sein sollte, ist aller Grund zu der Annahme vorhanden, daß die Truppe von Beira aus auf der Bahnlinie Beira-Umtali-Salisbury dorthin geschickt wird. Das „Neuerliche Bureau“ bemerkt dazu, der mit Portugal bestehende Vertrag gestatte, daß die Truppe Carringtons von Beira aus nach Rhodesien transportiert werden können.

Kimberley, 1. April. (Meldung des „Neuerlichen Bureaus“.) 400 Boeren leben bei Voetsap, 700 bei Witrand nördlich von Klipdom und etwa 6000 längs des Baalflusses von Fourteenstreams bis Christiana.

Beroria, 31. März. Ein amtliches Telegramm berichtet, daß die Boeren zwischen Bloemfontein und Thabanchu sechs Gefühle und einen Convoy von 200 Wagen genommen haben.

Sussmanloop, 1. April. (Meldung des „Neuerlichen Bureaus“.) Die Boeren blieben an der Stätte des gestrigen Kampfes bis heute Nacht, wo sie sich zurückzogen, nachdem sie gesehen hatten, daß die englischen Vortruppen alle englischen Verwundeten, die gut versorgt worden waren, aufgefunden hatten. Die Boeren wurden von Meldmann besichtigt. Sie liegen auch die fremden Militärärzte, die bei ihnen gewesen waren, zurück. Der eine derselben, der Holländer Rig, war schwer verwundet worden.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Aus der italienischen Deputiertenkammer.

Rom, 2. April. (B. Z. B.) Deputiertenkammer. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden die bisherigen Vizepräsidenten und die übrigen Mitglieder des bisherigen Bureau's in geheimer Abstimmung wiedergewählt. Ein Zwischenfall entsteht bei der Beratung über die Tagesordnung der morgigen Sitzung. Ferrri wiederholt seine Vorbehalte hinsichtlich der Frage der Aenderung der Geschäftsordnung. Der Ministerpräsident Pellouz erklärt, die Kammer werde morgen durch Erheben von den Eigen beziehungsweise Eigenbleiben über die von der Geschäftsordnungs-Kommission vorgeschlagenen Aenderungen der Geschäftsordnung abstimmen. Sonnino verlangt das Wort. (Protestrufe auf der äußersten Linken.) Da Sonnino infolge des Lärm nicht zum Wort kommen kann, übermittelte er dem Präsidium einen Antrag schriftlich. (Sehr lebhafter Unruhe und Zwischenrufe auf der äußersten Linken.) Der Präsident hebt die Sitzung inmitten großer Erregung des Hauses zeitweilig auf. Nach Wiederannahme der Sitzung verliest der Präsident unter großem Lärm und Rufen der äußersten Linken den Antrag Sonnino, auf die Tagesordnung für morgen zu setzen: Abstimmung über die Aenderung der Geschäftsordnung durch Auffheben und Eigenbleiben, ohne Debatte. Dieser Antrag Sonninos wird unter dem Beifall der Rechten und Zwischenrufen auf der äußersten Linken angenommen und die Sitzung sodann aufgehoben. (Vergleiche Politische Uebersicht.)

Liss, 2. April. (B. Z. B.) Nach einer gestern hier abgehaltenen Versammlung von Nationalisten kam es zu Schlägereien, wobei der Vize-Bürgermeister Dumontier durch Pfeilschüsse verletzt wurde.

Songkong, 2. April. (Telegramm des „Neuerlichen Bureaus“.) Gestern wurde in unmittelbarer Nähe der Küste ein englisches Dampfboot, welches einen Leichter schleppte, von Piraten genommen. Der Lotse des Dampfbootes wurde getötet, der Leichter geplündert und der Ausseher der Ladung gefangen fortgeführt.

Yokohama, 2. April. (Meldung des „Neuerlichen Bureaus“.) Es verlautet, Korea habe der russischen Forderung nach einer Landkonzession bei Rasampo scharfen Widerstand entgegengeleitet. Rusland habe darauf seine Forderung zurückgezogen und durch ein Gefuch um ein Etüd Grund und Boden innerhalb der fremden Niederlassungen in Masampo ersetzt. Dieses Gefuch sei bewilligt worden.

Berlin, 2. April. (B. Z. B.) Hierzu 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

Städtische Socialpolitik.

Seit mehr als der Privatindustrie ist den städtischen Verwaltungen bei der großen Zahl von Arbeitern, die in ihrem Dienst tätig sind, Gelegenheit zu socialpolitischen Maßnahmen gegeben. Das ist möglich durch Festlegung günstiger Arbeitsbedingungen, Zahlung hoher Löhne, Errichtung von Arbeiterwohnungen und durch Fürsorge für die Hinterbliebenen oder Gewährung von Ruhegeldern an invalide oder alt werdende Arbeiter. Auf dem letztgenannten Gebiet sind bereits mancherlei Einläufe gemacht worden. Namentlich einige süddeutsche Städte, wie Stuttgart, Frankfurt a. M., Mainz, Worms, Karlsruhe, Garmstadt, Ulm haben für ihre Arbeiter eine Altersversorgung nach Art der Beamten eingeführt. Auch in Darmstadt, Gießen und Breslau bestehen ähnliche Einrichtungen, während die meisten übrigen Städte sich damit begnügen, die altersschwachen Arbeiter so lange wie möglich, meist als Straßenkehrer zu beschäftigen und sie dann der Armenpflege zu überweisen. In Hamburg besteht z. B. die Einrichtung der sogenannten Veteranen der Baudeputation. Männer von beeinträchtigter Arbeitsfähigkeit, in der Regel nur solche, welche das 60. Lebensjahr überschritten haben, können unter die „Veteranen der Baudeputation“ aufgenommen werden. Sie werden ihren Kräften entsprechend beschäftigt und erhalten durch direkte Zahlung der Baudeputation — jedoch auf Kosten der Armenanstalt, mit welcher diese abrechnet — einen täglichen Lohn von 75 Pf., unter Umständen auch eine Funktionszulage. Andere Städte, z. B. Stuttgart, haben einen sogenannten zweiten Arbeitskörper gebildet für leichtere Arbeit aus den minder leistungsfähigen Arbeitern. Der Verdienst dieser Arbeiter wird durch entsprechende Zulagen ergänzt; sind sie im Dienst der Stadt erwerbsunfähig geworden, so erhalten sie nach Durchleitung durch den zweiten Arbeitskörper eine Altersversorgung.

Andere Städte haben von derartigen Hilfsmitteln abgesehen und ohne weiteres die Alters- und Rentenversorgung für die Arbeiter eingeführt. Dem Beispiel dieser Städte folgend hat auch der Magistrat von Charlottenburg der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage betreffend die Bewilligung von Ruhegeldern und Hinterbliebenen-Versicherung für städtische Arbeiter und Angestellte unterbreitet. In ihren Grundzügen stimmt diese Vorlage mit den für andere Städte geltenden Bestimmungen überein, so daß man sich an der Hand derselben ein ungefähres Bild davon machen kann, wie die Alters- und Rentenversorgung in den meisten Fällen geregelt ist.

Ein auffälliger Mangel ist es, daß keine Stadt den Arbeitern ein Lagbares Recht auf Bezug der Pension eingeräumt hat, es handelt sich überall nur um ein Gnadenbrot, das den Arbeitern oder ihren Hinterbliebenen gewährt wird. Auch Charlottenburg gestattet den Arbeitern keinen Rechtsanspruch zu; der Magistrat soll nur ermächtigt sein, den Angehörigen, das Witwen- und Waisengeld zu gewähren, und er kann die angelegentlichste Bewilligung nach der Vorlage jederzeit für die Zukunft widerrufen.

Voraussetzungen der Gewährung eines Ruhegeldes sind: a) die Erfüllung eines öffentlichen Dienstes oder wegen Schwäche den für öffentlichen oder gewerblichen Dienst eingetretene dauernde Unfähigkeit, den bisherigen oder einen ähnlichen städtischen Dienst zu versehen; b) eine mindestens zehnjährige ununterbrochene Beschäftigung im städtischen Dienst nach vollendetem 25. Lebensjahre. Unterbrechungen durch Krankheit, militärische Leistungen und städtischerseits erfolgte Unterbrechungen der Arbeit kommen nicht in Betracht, wenn sie im Einzelnen drei Monate nicht übersteigen. Erscheint der Vorgesetzte, wenn gleich dauernd unfähig, seinen bisherigen oder einen ähnlichen Dienst weiter zu versehen, so einer anderweitigen Verwendung im städtischen Dienst geeignet, so scheidet dem Magistrat das Recht vorbestehen. Um an Stelle der Gewährung von Ruhegeldern im städtischen Dienste gegen den für die jeweilige Dienstleistung festgesetzten Lohn zu beschäftigen.

Die Höhe des Ruhegeldes beträgt, wenn die Verrentung in den Ruhestand nach vollendetem 10., aber vor vollendetem 11. Dienstjahre eintritt, 1/10, für jedes weitere zurückgelegte Dienstjahr 1/10 mehr des Arbeitsverdienstes im letzten Jahr, bis zum Höchstbetrage von 1/2. Ein Arbeiter, der einen Monatslohn von 100 M. hat und 40 Jahre im Dienst der Stadt thätig ist, würde also ein Ruhegeld von 75 M. beziehen. Das Witwengeld beträgt 10 Proz. des Ruhegeldes, den der Versorbene bezogen hat oder bezogen haben würde, wenn er am Todesstage in den Ruhestand versetzt worden wäre, mindestens aber 250 M. jährlich. Das Waisengeld beträgt a) für Kinder, deren Mutter lebt und zur Zeit des Todes des Vaters zum Bezuge von Witwengeld berechtigt war, 1/3 des Witwengeldes für jedes Kind, b) für Kinder, deren Mutter nicht mehr lebt oder zur Zeit des Todes des Vaters zum Bezuge von Witwengeld nicht berechtigt war, 1/3 des Witwengeldes für jedes Kind, c) für Kinder einer im städtischen Dienst beschäftigten gewissen alleinstehender weiblichen Person nach dem Tode der Mutter ein Drittel des nach den obigen Bestimmungen zu berechnenden Witwengeldes für jedes Kind. Von dürfen Witwen- und Waisengeld weder einzeln, noch zusammen den Betrag des Ruhegeldes übersteigen, der der Berechnung des Witwen- und Waisengeldes zu Grunde zu legen ist. Gegebenenfalls tritt eine verhältnismäßige Kürzung der einzelnen Bezüge ein. Stehen einem Ruhegeld, Witwengeld oder Waisengeld-Empfänger Bezüge aus Mitteln des Reichs, eines Bundesstaats oder anderer öffentlicher Verbände oder auf Grund der Gesetzgebung über die Unfall-, die Invaliditäts- und Altersversicherung zu, so wird der Ruhegeld, das Witwengeld und das Waisengeld um diese Bezüge gekürzt. Hinterläßt ein Ruhegeld-Empfänger bei seinem Tode eine Witwe oder eheliche Kinder, so wird der Ruhegeld noch für den auf den Sterbemonat folgenden Monat gezahlt. Der Ruhegeld und das Witwen- und Waisengeld können mit rechtlicher Wirkung weder abgetreten, noch verpfändet werden. Zu Verwilligungen in weiteren Umfang oder über den Rahmen dieser Grundzüge hinaus bedarf es eines Gemeindecensuses.

Die Grundzüge der Alters- und Rentenversorgung der Stadt Charlottenburg. So viel man auch — selbst vom Standpunkt bürgerlicher Socialpolitik — an dieser oder jener Bestimmung anzufassen haben mag, das eine muß man doch zugeben, daß hiermit ein guter Anfang gemacht ist, die ungeheure Kluft, die zwischen Arbeitern und Beamten besteht, wenigstens einigermaßen zu überbrücken. Hoffen wir, daß endlich auch die Reichshauptstadt auf diesem Wege vorgeht und sich auf ihre sozialen Pflichten besinnlich!

Sociales.

Bauarbeiterschutz. Für den Kreis Mühlheim a. Rhein ist eine Verordnung erlassen worden über die Errichtung und Einrichtung von Wandbuden und Aborten, über den Fensterverschluss im Winter und über die Arbeit bei offenen Coalsöfen. Die Verordnung droht neben der Geldstrafe für Verweigerung die zwangsweise Durchführung der Vorschriften an.

Kommunalpolitik in England. Die Gemeindepolitik der Progressiven des Londoner Grafschaftsrats hat einen großen Erfolg zu verzeichnen. Vor etwa zwei Jahren übernahm der Grafschaftsrat, unter lebhafter Opposition der „Gemeinlichen“, ein großes Reg. der S. D. Londoner Straßenbahnen in Eigenbetrieb. Seit dem 1. Juli 1898 wird es von Beamten des Grafschaftsrats unter dessen Kontrolle und auf dessen Rechnung verwaltet. Im ersten Jahre wurden wesentliche Neuerungen eingeführt. Es wurde ein Nachtbus eingeführt, die Gaspreise (4 Pfennig) Tonnen wurden bemessen und den Angestellten ward durch ein besseres System der Abwechslung mehr Sommerfrische gesichert, sowie einigen Kategorien

eine Lohnaufbesserung gewährt. Das Resultat hat alle diese Maßnahmen gerechtfertigt. Der erste Jahresbericht verzeichnet eine Verkehrsteigerung von 6 1/2 Millionen Passagieren (110 1/2 auf 117 Millionen) und, trotzdem die Fahrpreis-Ermäßigungen einen Anfall von 20 000 Pf. Sterl. repräsentieren, einen höheren Reingewinn als ihn die Vorgängerin des Grafschaftsrats erzielte. Angesichts dieses günstigen Ergebnisses hat das Finanzkomitee des Grafschaftsrats die Durchführung des zehntägigen Arbeitstags vorgeschlagen, die nach seiner Berechnung etwas über 10 000 Pf. Sterl. loslösen würden. Der Antrag ist letzten Dienstag mit großer Mehrheit angenommen worden, und vom kommenden 1. Mai ab wird diese lang ersehnte Reform Wirklichkeit sein. Einige der gemäßigten Mitglieder des Grafschaftsrats erkannten an, daß der Erfolg ihre Befürchtungen widerlegt und sie von ihrer Gegnerschaft gegen den Eigenbetrieb befreit habe.

Die Profite der Standard Oil Compagnie. Diese Rändergesellschaft verteilte unter ihre 3000 Aktionäre als letzte Vierteljahres-Dividende die Kleinigkeit von 20 Millionen Dollar, wovon der Aktionär auf etwa ein Duzend derselben entfällt, welche die Mehrzahl (80 Proz.) der Aktien besitzen; das Haupt der Bande, Rockefeller, heimste davon 5 Millionen Dollar ein. Trotz der ungeheuren Profite ward vor einiger Zeit der Preis des Petroleums um drei Cents pro Gallone erhöht. Von 1891 bis 1898 betrug die jährliche Dividende je 12 Millionen Dollar; 1898 lagerte sie auf 31, 1897 auf 33 Millionen; 1898 betrug sie 30, 1899 wieder 33 Millionen. Vor sechs Jahren standen die Aktien auf 167, heute auf 547 Dollar, eine Steigerung im Marktwert derselben um 380 000 000 Dollar.

Sociale Rechtspflege.

Das Bürgerliche Gesetzbuch und die Aufrechnungen gegen verdienten Lohn. Nach § 304 des Bürgerlichen Gesetzbuchs findet die Aufrechnung gegen eine Forderung nicht statt, soweit diese Forderung der Pfändung nicht unterworfen ist. Ein Spediteur hatte dem Kollnfahrer B., von dessen Wagen Kollf verunfallt waren, seinen verdienten Lohn einbehalten. Auf Grund der ausgelegten Bestimmungen erklärte dies die Kammer VII des Gewerbegerichts für unzulässig und verurteilte den Unternehmer, das Geld herauszugeben. Die Aufrechnung gegen den Arbeitsverdienst sei seit dem 1. Januar unmöglich. Der Beklagte müsse seinen Anspruch auf Schadenersatz in einem besonderen Prozesse und zwar beim ordentlichen Gericht geltend machen.

Dieses Kammer wie jedoch einen andern Kollnfahrer, der vom Spediteur eine aufgezeichnete Kautions von 100 Mark verlangte, mit seiner Klage ab. Dem Kläger waren Sachen im Gesamtwert von sechshundert Mark gepfändet worden und er hatte sich hierfür verpflichtet, den Sünden nach und nach zu erlösen, soweit er nicht schon zur Zeit der Verluste durch hinterlegte Kautions gedeckt war. 300 M. konnten alsbald aufgerechnet werden. Bis zu der hierlich erfolgten Zahlung des Arbeitsverdienstes kamen durch wöchentliche „Einzahlungen“ noch 105 M. zusammen, die das Zielobjekt abgaben. In diesem Fall berief sich der Gerichtshof, dem Gewerbegericht Dr. Meier vorlag, zur Begründung des dem Arbeiter unzulässigen Urteils auf die schriftliche Verpflichtung und darauf, daß die Lohnabzüge schon zu weit zurücklägen. Hier wäre § 304 nicht anzuwenden.

Die Kammer II unter dem Vorsitz des Herrn v. Schütz erklärte mit Rücksicht auf den § 304 auch die Aufrechnung einer Kontrahenten-Lohn gemäß § 124 b der Gewerbe-Ordnung gegen den verdienten Lohn für unzulässig. Verschiedene andre Kammern des Gewerbegerichts haben ebenfalls in letzter Zeit den § 304 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu Gunsten der Klagen der Arbeiter und Arbeiterinnen angewendet.

Aus der Frauenbewegung.

Ueber die Frauenbewegung in Polen teilt die hier erscheinende „Frauenbewegung“ einiges aus einem Aufsatz der Zeitschrift „Frauenleben“ mit. Danach machten seit dem Jahre 1895, in welchem die Frauen in Galizien das Wahlrecht zu den gesetzgebenden und repräsentativen Körperschaften erringen haben, alle Stimmberechtigten nicht nur von ihrer Stimme Gebrauch, indem sie vor jeder Wahl eine Sitzung zum Zwecke der Beratung über die ihren Interessen entsprechenden Kandidaten beriefen, sondern gründeten auch Komitees sowohl in Lemberg wie in Krakau zur Verhandlung mit diesen Kandidaten. Mit Ausnahme der Großgrundbesitzerinnen stimmen die Frauen meist für die freisinnigen Kandidaten. Als im Jahre 1895 das Gesetz in Kraft trat, das den Frauen in Österreich die Zulassung zur Universität gewährte, schrieben sich in Lemberg sofort 100 Studentinnen, meist Lehrerinnen, ein. Noch in denselben Jahre entstanden zwei Privatgenossenschaften für Mädchen in Lemberg, gegründet durch private Mittel von Frauen. Noch früher eröffnete man in Krakau ein Mädchen-genossenschaft, das im laufenden Jahre die siebente Klasse vollendet und glänzend funktioniert. In der nächsten Zeit werden noch zwei Genossenschaften für Mädchen in den Provinzialstädten Galiziens, und zwar in Przemysl und Stanislaw eröffnet, wofür bereits die Bewilligung erlangt wurde.

Frauenarbeit. Im französischen Parlament ist jetzt auch Frauen das Recht zuerkannt, bei Konkurrenz um vakante Stellen als Parlamentarientographen sich an diesen Konkurrenzen zu beteiligen, wenn sie die gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen erfüllen.

Litterarisches.

Die Frau als Industrie-Arbeiterin. Ein Beitrag zur Lösung der Arbeiterfrage von Fr. Collet. Berlin, A. Tröschel, Preis 60 Pf. Der Verfasser leuchtet sich selbst am besten durch seine Einleitung, in der er unter anderem sagt: Diese Notwendigkeit (zu sozialen Reformen) wird nur von den Politikern und Volkswirtschaftlern jener Richtung bestritten, die an das Rechenzettelglauben, nach welchem, bedingt durch die Faktoren: unerschöpflicher Kapitalismus und fortschreitende Technik, der Ruin des Mittelstandes unbedingt herauskommt. Wer aber zu den Anhängern jener Theorie gehört, wird auch alle Bestrebungen zur Lösung der Arbeiterfrage, d. h. zur Verbesserung der Lage des arbeitenden Volks, im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung mindestens als zwecklos bezeichnen müssen, denn wenn die Gestaltung der Zukunft mit Sicherheit zu den von jenen Politikern vorhergesehenen gesellschaftlichen Umwälzungen auf Grund der Fortschritte von Wissenschaft und Technik und der Einseitigkeit des Kapitals führen muß, dann ist es überflüssig, jenen Prozeß aufzuhalten, man verdingt sich dadurch vielmehr an der ganzen menschlichen Gesellschaft.

Diese Auffassungen existieren natürlich nur im Kopfe des Verfälsers und einiger nicht ernst zu nehmender Querläufer, ganz abgesehen davon, daß das Problem viel zu unklar gestellt ist. Nachdem der Verfasser in einigen Kapiteln die Schäden, denen die Frauen durch die heutige Fabrikarbeit ausgesetzt sind, zum Teil ganz treffend geschildert hat, fordert er zum Schluß nicht nur die Ausgliederung der Frauen von jeder dem weiblichen Organismus schädlichen Arbeit, wogegen, recht verstanden, an sich nichts einzuwenden wäre, sondern auch das gänzliche Verbot der Fabrikarbeit verheirateter Frauen. Diese überhaupt nicht durchführbare Forderung in Zusammenhang mit der Einleitung leuchtet die mangelhafte Einsicht des Verfassers an. h. w.

Versammlungen.

Die Central-Kommission der Krankenkassen Berlins hatte am 27. März eine Versammlung der Krankenkassen-Vorstände und Verwaltungsbeamten einberufen. Vertreter waren 68 Kassen, und zwar 32 Ortskassen, 5 Betriebskassen, 5 Juniorskassen und 23 Hilfskassen. Simanowski erstattete den Jahresbericht. Redner gibt einen Überblick über die einzelnen Versammlungen, spricht den Tuberkulose-Kongress und den Krankenkassen-Kongress. Es haben drei große Versammlungen mit den Ärzten und Ministerial-Vertretern, 33 Sitzungen der Central-Kommission, ferner eine ganze Anzahl Audienzen mit dem Kultusministerium, Reichs-Versicherungsamt, Reichs-Gesundheitsamt, Invalidenanstalt usw. stattgefunden. Die Korrespondenz betrug über 3000 Briefe und Karten. Stuhlmann erstattete den Kassenbericht für das Jahr 1899.

Die Einnahmen betragen inklusive des Bestandes von 105,11 M. vom Jahre 1898 3433,83 M. Die Ausgaben 3354,41 M. Die Abrechnung im ersten Quartal 1900 ergab einen Bestand von 121,77 M.

Ueber die Neuwahl der Central-Kommission sprach Dr. Friedberg; er wünschte von der Stellung als Vertrauensarzt zurückzutreten, da er mit Arbeiten überlastet ist. Redner gab dann eine kurze Uebersicht über die Thätigkeit der Kommission. Ragnan (Buchdruckerklasse) bedauert, daß Dr. Friedberg antworten will, nach seiner Ansicht können 2 Ärzte der Central-Kommission angehören. Dr. Friedberg ersucht nochmals, ihn mindestens auf ein Jahr zu suspendieren. Hierauf wurde Dr. Curt Freudenberg einstimmig als Vertrauensarzt gewählt. — Es wurden ferner gewählt vom Arbeiter-Vertreter-Verein Simanowski und Büchel, von den Ortskassen: A. Rohn, Häldig, Störzer und Ragnan, von den Betriebskassen: Gries und Malinowski, von den Hilfskassen: Köhler und Zander. Die Wahl von den Juniorskassen wurde angefochten, weil die anwesenden Vertreter die Wahl ablehnten, da diesmal nur ein Mitglied gewählt werden sollte.

Die Versammlung erklärte sich sodann mit der von dem Berliner Arbeiter-Vertreter-Verein an den Reichstag gerichteten Petition zur Abänderung des Unfallversicherungs-Gesetzes einverstanden. Ferner gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: Die Versammlung der Krankenkassen-Vorstände und Verwaltungsbeamten Berlins protestiert auf das Entschiedenste gegen die Abberufung des Ministers von Rheinbaben im Abgeordnetenhaus vom 28. Februar d. J.

Nach den Berichten hatte der Herr Minister in einer Rede erklärt: Ich brauche nur zu erinnern an das Beispiel der socialdemokratischen Ortskrankenkassen, wo die Forderung für die Arbeiter ganz nebensächlich ist, und wo als Hauptfrage gilt die kräftige Organisation und die angemessene Placierung von gewerbmäßigen Hegeun, auch wenn es noch so zweifelhafte Elemente sind.

Die Versammlung erklärt: soweit die Ortskrankenkassen-Vorstände in Frage kommen, haben sie stets das Wohl ihrer Mitglieder sowie der Kasse im Auge gehabt, und sind befreit gewesen, die zwangsweise geschaffenen Organisationen zum Nutzen ihrer Mitglieder auszubauen. Sie weist daher die vom Minister v. Rheinbaben unbegründete Unterstellung mit Entrüstung zurück.

Der Verband der Bauarbeiter (Zahlstelle IV) erklärte in seiner Versammlung vom 26. März sein Einverständnis zu den Beschlüssen der Provinzialkonferenz. Die übrigen Gegenstände der Verhandlung betrafen interne Angelegenheiten.

Die Lithographen, Steindruck und Berufsgeoffenen (Zahlstelle I, Berlin) tagten am 22. März. Buchdrucker Döhl hielt einen Vortrag über Tarifgemeinschaften, der beifällig aufgenommen wurde. Unter Vorsitz des gab Beschlüsse bekannt, daß die Lithographen eine Sektion gebildet haben. Von den Organisatoren sind 13 Mitglieder, die in der Reichsdrucker-Vereinigung thätig waren, angeblich wegen Arbeitsmangel entlassen. Hierauf entspann sich eine längere Debatte über den am 1. Osterfesttag in Rixdorf stattfindenden Gantag und wurden Vorisch und Bengler als Delegierte gewählt.

Die Berliner Barbier- und Friseurgeoffenen beschäftigten sich in einer am 20. März im „Kaiserlichen Konzertsaal“ tagenden Versammlung mit der Frage: „Rinder der gesetzliche Kennzettel-Laden auf unser Gewerbe Anwendung?“ Der Referent Bernke empfahl auch für die Barbiergeoffenen den Kennzettel-Laden und beschwor folgende Resolution, die einstimmig angenommen wurde: Die Versammlung der Barbier- und Friseurgeoffenen erklärt sich mit dem Referenten einverstanden und erklärt an, daß die Einführung des gesetzlichen Kennzettel-Ladens für das Barbiergeoffen durchführbar ist, ohne für dasselbe schädlich zu sein. Die Versammlung beauftragt daher die Agitationskommission, bei den Behörden vorstellig zu werden dahingehend, daß der für das Handelsgewerbe am 1. Oktober d. J. in Kraft tretende Kennzettel-Laden auch auf das Barbiergeoffen ausgedehnt wird. — Am Schluß wurde Barisch als stellvertretender Gewerkschaftsdelegierter gewählt und die Agitationskommission durch vier Kollegen ergänzt.

Die ausländischen Lindenmeyer hielten am Montagmittag eine Versammlung ab. Pörsch referierte über Lohnbewegung und Lebenshaltung der Arbeiter, worauf Salomon berichtete, daß die Unternehmer nicht nur das Ergehen in den Versammlungen der Arbeiter, sondern auch den von diesen aufgestellten Tarif abgelehnt haben; dagegen solle mit den Arbeitern vor dem Einigungsamt verhandelt werden. Zu geheimer Abstimmung wurde hierauf einstimmig beschlossen, nicht nur an dem aufgestellten Tarif festzuhalten, sondern sofort die Arbeit im allgemeinen einzustellen. Bis auf die Firma Rosenthal sind auch alle Tapetengeschäfte, soweit diese an derartigen Arbeiten beteiligt sind, gesperrt. Alle arbeitenden Kollegen haben die Ausständigen zu unterstützen. Die Höhe der Unterstützung soll später festgelegt und alles weitere in den Zeitungen bekannt gegeben werden. Alle Ausständigen sind verpflichtet, sich im Bureau bei Ringel, Schützenstr. 40/42, täglich vormittags von 10—11 Uhr, nachmittags von 3—4 Uhr zur Kontrolle zu melden; wer nicht erscheint, erhält keine Unterstützung und gilt als Streikbrecher.

Die streikenden Herren-Wäscheherren waren am Montagvormittag in großer Zahl im Friedrichsstadischen Kasino versammelt. Aus dem Bericht, den der Vertrauensmann Hütte über den Stand der Lohnbewegung erstattete, geht folgendes hervor: Bisher haben bewilligt: 9 Geschäfte der ersten, 22 der zweiten, 36 der dritten Tarifklasse. Zur Zeit schweben noch Verhandlungen mit einzelnen Firmen. Dagegen haben die Unterhandlungen, welche kürzlich mit der Kommission der Unternehmer stattfanden, kein Resultat gehabt. Die Vertreter der Unternehmer beklagten darauf, daß jedem Geschäft zwei Tarife zugewilligt werden. Darauf abzukommen sich die Arbeitervertreter nicht einlassen. Hätten die Unternehmer diese Forderung der Doppeltarife fallen lassen, dann wären die Arbeiter bereit gewesen, die Frage zu diskutieren, ob man vier Tarifklassen, statt der von den Arbeitern verlangten drei zulassen könne. Da nun die Unternehmer an der Einführung der Doppeltarife festhielten, so blieb auch die Frage der eventuellen Zulassung von vier Tarifklassen unerledigt. Folch ist die Zeitungsnotiz, wonach die Arbeiter sich bereits mit der Einführung von vier Tarifklassen einverstanden erklärt haben sollen. Wenn nun auch mit der Vereinnahmung der Unternehmer keine Einigung erzielt ist, so laufen doch fortwährend neue Bewilligungen und Annäherungen auf Unterhandlungen seitens einzelner Geschäftsinhaber ein.

so daß mit Zuversicht ein günstiger Ausgang der Bewegung erwartet werden kann. — Die Diskussion ergab vollkommenes Einverständnis mit dem Verhalten der Kommission der Arbeiter. Die Stimmung der Versammlung ließ erkennen, daß die Streikenden an ihren Forderungen festhalten und dieselben durchsetzen werden.

Die an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter hielten am 29. März eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung ab. Vor Beginn der Tages-Ordnung erbat die Versammlung das Gedenken des verstorbenen Mitgliedes Johann Stöber in üblicher Weise. Nachdem Sauerzapf die Auslegung der Einigungsbedingungen und die Aufgabe der Kätzehnerkommission erläutert hatte, entstand eine lebhaft diskutierte. Einige Redner, die schon in einer vorhergehenden Versammlung gegen die Einigung, besonders aber gegen die Kätzehnerkommission Opposition gemacht hatten, gaben auch hier

ihrem Unmut über die jetzige Form der Kätzehnerkommission Ausdruck und übten Kritik an der gegebenen Zustimmung. Die überwiegende Mehrheit der Versammlung nahm diesen Ausführungen gegenüber eine entschieden ablehnende Haltung ein. Die Debatte wurde durch einen Schlußantrag unterbrochen und zunächst die Wahlen von 9 Mitgliedern und 9 Ersatzmitgliedern für die Kätzehner-Kommission der Holzbearbeitungs-Branche vollzogen.

Die nunmehr wieder aufgenommene Debatte drehte sich hauptsächlich um die Auslegung der wesentlichsten Punkte der Geschäftsordnung der Kommission.

Der Antrag Zimpel, daß die Kollegen, welche unterfügungs-berechtigt sind und am Mittwoch die Arbeit wieder aufnehmen, auf Unterstützung für Montag und Dienstag verzichten, wurde abgelehnt.

Nachdem noch mehrere interne Verhandlungsangelegenheiten erledigt

waren, machte der Vorsitzende zum Schluß noch bekannt, daß die nächste Mitglieder-Versammlung eine Generalversammlung ist und am 9. April im Englischen Garten, Alexanderstr. 27 stattfindet.

Die Sattler und Treibriemenarbeiter nahmen am 31. März Stellung zu der Arbeitsmiederlegung bei Hüger und Wallon. In dem Geschäft ist den Arbeitern angekündigt, daß die Ansprüche aus § 816 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bei dem Arbeitsvertrag abgeschlossen werden. Der Paragraf besagt, daß für kurze Verläumdungen, die ohne den Willen des Arbeiters eintreten, keine Lohnabzüge gemacht werden dürfen. Gegen diese Aufhebung der Rechte, die nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch dem Arbeiter zustehen, wandten sich die dort beschäftigten Arbeiter und legten schließlich die Arbeit nieder. Die Ausständigen fordern nunmehr, die Arbeitszeit am Sonnabend um eine Stunde zu verkürzen.

Wir machen hierdurch die ergebene Mitteilung, daß wir die Gebühr für das

Abonnement auf Auerlicht

für einen Brenner auf monatlich

30 Pfennig ermässigt

haben.

Wir empfehlen das Abonnement auf Zustandhaltung des Auerlichts angelegentlichst, da hierdurch ein dauernd tadelloses Licht gewährleistet wird.

Ausführliche Bedingungen senden wir postfrei zu.

Auergesellschaft

(Deutsche Gasflücht Aktiengesellschaft)

C. Molkenmarkt 5.

Linde's Essenz

ist sehr ergiebig, denn eine Messerspitze voll genügt, Geschmack und Farbe des Kaffees zu verbessern.

Achtung!

Achtung!

Eröffnung der ersten Berliner Privat-Markthalle

am Ecke Wollinerstr. 43. **Vinetaplatz** Ecke Wollinerstr. 43.

Geöffnet von 6-1 Uhr morgens.

„ „ 5-8 „ nachmittags.

Sonnabends bis 9 Uhr abends.

Ich bin von der Reise zurückgekehrt und von N. Wollingerstr. 67¹ berufen.
Berlin, den 1. April 1900.
2166
Dr. H. Weyl,
Spezialarzt für Wasserheilverfahren etc.

Orts-Franken-kasse des Maurergewerbes.
Donnerstag, den 12. April cr., abends 8¹/₂ Uhr, in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstr. 20:

General-Versammlung der Vertreter der Kassenglieder und der Arbeitgeber.
Tages-Ordnung!
1. Vorlegung des Verwaltungsbereiches und Rechnungsabchlusses für das Jahr 1899.
2. Bericht des Aufsichtsrates über die vollzogene Rechnungsprüfung und Beschlussfassung über die Abnahme der Jahresrechnung.
3. Antrag auf Bewilligung einer Entschädigung für die Kassenglieder der Rechnungsabchlusses.
4. Beratung und Beschlussfassung über die Entscheidung des Bezirksauschusses betreffend die in der Generalversammlung vom 9. November 1899 beschlossene Abänderung des Statuts.
5. Antrag der Kassenglieder auf Verlängerung der Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden und Gehaltserhöhung.
6. Verschiedene Mitteilungen des Vorstandes.

Berlin, den 2. April 1900.
Der Vorstand:
H. Zechne, H. Kefkin, Vorsitzender, Schriftführer.

Heber 500 000 Mk. verloren
werden fälschlich von Schneidermeister! Da ich nur gegen Kasse verkaufe, daher keine Verluste habe, bin ich im Stande.
für 25-45 Mark elegante Anzüge nach Maß,
für 25-42 Mark elegante Paletots nach Maß,
für 7-15 Mark elegante Beinkleider nach Maß zu liefern.
Hermann Graf
Schneidermeister
Alexanderstrasse 30.
2. Geschl.: Adalbertstr. 90,
Ecke Drantenstraße.

Senfel
holt auf der Stelle alle Schwaben mitoum der ganzen Erde bei der geringsten Berührung mit „**Boude Martial**“ (gel. gelb.) in Paketen zu 50 Pf., 1.00, 2.00 und das Pfund 4.00. Zieht wie kein zweites Mittel absolut sicher.
Einzig wirkliche **Androton** und totale **Reinigung**. **Garantie für radikalen Erfolg!** Glänzende Anerkennungen bis aus den fernsten Ländern.
Diese altbewährten unübertrefflichen Special-Mittel sind einzig und allein mir direkt zu haben bei

Otto Reichel
Berlin SO., Sijebahnstr. 4
gegenüber der Markthalle.
Nirgends weiter! Alle Benennungen sofort frei nach jeder Wohnung.
Nach anerkend durch die Volksgemeinschaft Amt IV, Nr. 3190.

Anzüge
und Paletots von 30 H. an, liefert elegant scheid 43822
Reinhold Werner,
Gr. Frankfurterstr. 70.
Kl. Andreasstr. 12.

Möbel auf Teilzahl. Oranienstr. 131.
Constance H. & M. Lewent. Beannten Zahl. Bed. ohne Anzahl.

Möbel und Polsterwaren. Großes Lager Bediener
Arbeit, äußerst billige Preise, empfiehlt **A. Schulz,**
Reichenbergerstr. 5. Auch Teilzahlung! *

Ich habe meine Wohnung vom Rorteploy (Königer-Hand) nach **Prinzenstraße Nr. 59** verlegt.
2726
Dr. Simmel,
Spezialarzt f. Haut u. Hornleiden.

5 1/2 Bvd. Brot 50 Bja.
H. Albrecht's Bäckerei
Wrangeistr. 9. Krausstr. 19.
Feldeneinstr. 28. Vauktierstr. 2.

Der Tod
ist ohne Gnade sicher allen Menschen samt deren Bräut durch das sofort sicher tödliche **„Konzentrierte Sanguin-Prin“** (gel. gelb.) in Paketen zu 50 Pf., 1.00, 2.00, 3.00

und
Eiterfische 50.00. Spitz-Apparat 50 Pf. Zerbricht dauernd jede Wiederverfälschung durch Zapfen und Stoffe und zerstört alle Reser bis auf den letzten Rest. Hinterlässt nirgends Gleite. Ist nicht feuergefährlich. Der

Senfel
holt auf der Stelle alle Schwaben mitoum der ganzen Erde bei der geringsten Berührung mit „**Boude Martial**“ (gel. gelb.) in Paketen zu 50 Pf., 1.00, 2.00 und das Pfund 4.00. Zieht wie kein zweites Mittel absolut sicher.
Einzig wirkliche **Androton** und totale **Reinigung**. **Garantie für radikalen Erfolg!** Glänzende Anerkennungen bis aus den fernsten Ländern.
Diese altbewährten unübertrefflichen Special-Mittel sind einzig und allein mir direkt zu haben bei

Otto Reichel
Berlin SO., Sijebahnstr. 4
gegenüber der Markthalle.
Nirgends weiter! Alle Benennungen sofort frei nach jeder Wohnung.
Nach anerkend durch die Volksgemeinschaft Amt IV, Nr. 3190.

Anzüge
und Paletots von 30 H. an, liefert elegant scheid 43822
Reinhold Werner,
Gr. Frankfurterstr. 70.
Kl. Andreasstr. 12.

Möbel auf Teilzahl. Oranienstr. 131.
Constance H. & M. Lewent. Beannten Zahl. Bed. ohne Anzahl.

Möbel und Polsterwaren. Großes Lager Bediener
Arbeit, äußerst billige Preise, empfiehlt **A. Schulz,**
Reichenbergerstr. 5. Auch Teilzahlung! *

Stempel-Fabrik von 40892
Robert Hecht,
Berlin S., Cranienstr. 142.
Liefert schnell und billig alle Arten Stempel in bester Ausführung.
Kautschuk-Typen „Perfekt“ zum Zusammenlegen einzelner Wörter so wie ganzer Sätze von 1.50 M. an

Knaben-Anzüge
in einfacher u. eleganter Ausführung.
Knaben-Pjacks, Einzelne Hosen, Einzelne Westen für das Alter von 2 bis 18 Jahren, nur eigener Fabrik. Gütliche Auswahl. Billige Preise. **Kindern gratis.** 39412

Karl Hustadt,
Berlin O., 85 pt. Köpenickerstr.
aus Schlesiener Bahnhof.

Fahrräder.
Stets großes Lager erstklassiger Fabrikate auf Teilzahl, ohne Preiserhöhung zu den constanten Jahrs-Preisen. Katalog gratis.
Wenig gebrauchte Räder für Herren und Damen zu billigen Preisen unter Garantie.

Adomeit & Landau
Lothringerstraße 48 I.
Dicht am Rosenthaler Thor.
Cigarren
gegen 3-6 Monat Ziel vom Lager oder ab Fabrik ohne jeden Zwischenhandel, von 18-100 M., liefert nur an Cigarrenhändler.
Cigarren-General-Agentur und Kommission **S. Rund.**
Neue Königstr. 55/56.
Som. 1. April: Gr. Frankfurterstr. 52.

Verlangen Sie gratis u. franko meinen illustrierten Hauptkatalog über **Fahrräder** u. Fahrradartikel u. Sie werden sich überzeugen, dass ich in bester Qualität, mit 1 Jahr Garantie, am billigsten bin. — Wiederverkauf ges.

Deutsche Fahrrad-Industrie,
Richard Driessen,
Hannover, Brüderstr. 4

Mittagstisch Suppe, Gemüse, Braten u. Kompott, inf. Bier 50 Pf. Köplicherstr. 5b a

Möbelstoffe!
auch Reste! alle Qual. selten billig!
Gelegenheitskauf: **Mocquet-Blüsch 5,35 M.** per Meter (100 cm breit). 43812
Muster b. näherer Angabe franco.
Berlin S.,
Emil Lefevre, Cranienstr. 158.

Natur-Heilverfahren.
Haut-, Horn- u. Wundenleiden, Frauen-Krankheit, heilt sicher ohne Verabreichung. 39782
R. Wagner, Invalidenstr. 151/I (fr. Wallstraße 26).
9-2, 5-9, Sonntag 9-2.

Grosser Möbelverkauf
Neue Königstr. 59.
In meinem großen Möbelspeicher bietet sich Bräutleuten die schönste Gelegenheit, ganze Einrichtungen, auch einzelne Gegenstände, recht billig einzukaufen. Besonders zu empfehlen ist der große Vorrat verlichen gewesener und zurückgesetzter Möbel, welche fast neu sind und zu ermäßigten Preisen abgegeben werden. Durch größere Massen-Einkäufe bin ich im Stande, hässliche und geschmacklose Wohnungs-Einrichtungen schon für 100, 200, 300-400 Mark, hochlegante von 800-2000 Mark zu liefern. Teilzahlungen unter den constanten Bedingungen. Die Möbel können lösenfrei 3 Monate lagern, werden durch eigene Gespanne transportiert.

Haut- und Harn-Leiden
heilt 39682
ohne schädliche Mittel
E. Herrmann, Apotheker,
Georgenthaler Platz Nr. 21.
Sprengstr. 10-11/2 u. 5-8.

Krankenkassen-Mitgliedern zur gefl. Mitteilung, daß von heute ab auf Verlangen sämtliche Lohnoperationen mit demselben Verbandsmittel, sonst 3 M., ohne jede Nachzahlung ausgeführt werden. 4312
Berlin, 1. April 1900.
J. Kallmann,
Kaiser Wilhelmstr. 18 II.
Sprechstunden 8-8 Uhr.

Charlottenburg!!
Uhrmacher **Kunsmann,** Wallstrasse 1.
Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. 4057L*

Gluten-Kakao
Gemüse- und Kraftsuppen
Bouillon-Kapseln
Suppen-Wärze
stets vorrätig bei **Otto Engel,** NW., Jagowstr. 37.

Möbel und Polsterwaren. Großes Lager Bediener
Arbeit, äußerst billige Preise, empfiehlt **A. Schulz,**
Reichenbergerstr. 5. Auch Teilzahlung! *

Möbel auf Teilzahl. Oranienstr. 131.
Constance H. & M. Lewent. Beannten Zahl. Bed. ohne Anzahl.

Möbel und Polsterwaren. Großes Lager Bediener
Arbeit, äußerst billige Preise, empfiehlt **A. Schulz,**
Reichenbergerstr. 5. Auch Teilzahlung! *

Partei-Expeditionen:
Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wenzel, Grabe-Hausstr. 153, Hol part. — SO.: Fritz Thiel, Stalingerstr. 35 v. part. — Sechster Wahlkreis (Moabit): Karl Kuder, Salzweidenstr. 8, part. im Laden. — Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stiefenburg, Bienenstr. 14. — Gesundbrunnen: Wilhelm Wahnmann, Grünhalerstr. 65. — Rosenthaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt: Karl Wenzel, Kankenenstr. 95/96. — Charlottenburg: Gustav Schwarberg, Seelenbinderstr. 1, Gde. Grotte, d. 1. Trave. — Deutsch-Wilmersdorf: Th. Müller, Berlinstr. 132/133, rechter Seitenfl. und B. Rietel, Auguststr. 3, v. I. — Friedrichsberg-Friedrichsfelde: Carl Well, Berlin O., Friedrichsbergstr. 4. — Grünau: Engel, Dabenerstr. 6. — Rixdorf: Ostermann, Grtr. 6. — Schöneberg: Witz, Gänsestr. 13. — Duesenstraße 13. — Duesenstraße 13. — Ober-Schöneweide: Otto Jahn, Wilhelmshofstr. 18. — Nieder-Schöneweide: Karl Weber, Cigarrengehöft. — Johannisthal: Senftleben, Kehnaustr. — Adlershof: Ray Barbo, Weidenstr. 4. — Cöpenick: Franz Weber, Cigarren-Handlung, Grünauerstr. 1. — Friedenau-Steglitz: G. Bernice, Rindstraße 15 in Friedenau. Beschreibungen nehmen entgegen in Steglitz: G. Mohr, Döppelstraße 8, und Fr. Schellhase, Wilmersstr. 15a. — Baumschulenweg: Freds, Baumshulenschweg 32, Hof Nr. 12. — Neu-Weissensee: Expediteur Heinrich Bachmann, Weidenstraße 1, part. links.

Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke bereit zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen. Um genaue Angabe der Adresse wird dringend gebeten.
Bitte ausschneiden!

Gesellschafts-Haus „Nord-Ost“.
Weberstr. 17. Süd.: Gust. Brochnow, Telefon VII 1663.
ca. 1000 Personen fassend. — Vereinszimmer mit Pianino.
Jeden Sonntag: **Grosser Ball.** 40682
Donnerstag, nachmittags 3 Uhr: **Bäcker-Ball.**
Zur prachtvoller Kattung mit Tanzband, 500 Personen.
Sommer-Saison: fassend, elegant eingerichtet. — Sonnabende frei.
Täglich zu allen Festlichkeiten und Versammlungen zu vergeben.

Dem verehrlichen Publikum
gestatten wir uns, die ergebene Mitteilung zu machen, daß wir vom 1. April cr. ab die Fleisch-Kassette auf dem Städtischen Schlachthof, Eingang Thierstraße, in eigene Verwaltung genommen haben.
Der Verkauf von Fleisch, sowie Talg und Schmalz findet täglich von 8 bis 11 Uhr vormittags und von 2 bis 6 Uhr nachmittags statt.
Rindfleisch pro Pfund 25 Pf.
Schweinefleisch pro Pfund 45 Pf.
bis auf weiteres. **Schlachtvieh-Versicherung**
vereinigter Viehkommissionäre Berlins.
Prenzlau.

Charlottenburg!!
Uhrmacher **Kunsmann,** Wallstrasse 1.
Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. 4057L*

Gluten-Kakao
Gemüse- und Kraftsuppen
Bouillon-Kapseln
Suppen-Wärze
stets vorrätig bei **Otto Engel,** NW., Jagowstr. 37.

Möbel auf Teilzahl. Oranienstr. 131.
Constance H. & M. Lewent. Beannten Zahl. Bed. ohne Anzahl.

Möbel und Polsterwaren. Großes Lager Bediener
Arbeit, äußerst billige Preise, empfiehlt **A. Schulz,**
Reichenbergerstr. 5. Auch Teilzahlung! *

Möbel auf Teilzahl. Oranienstr. 131.
Constance H. & M. Lewent. Beannten Zahl. Bed. ohne Anzahl.

Möbel und Polsterwaren. Großes Lager Bediener
Arbeit, äußerst billige Preise, empfiehlt **A. Schulz,**
Reichenbergerstr. 5. Auch Teilzahlung! *

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 3. April.
Cyberhaus. Die Abreise. Die roten Schuhe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Jugend von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Wenn wir Tote erwachen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leistung. Im weichen Adl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Maria Stuart. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Im Exil. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neubaus. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Witten. Urbine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Freudvoll und leidvoll. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Im Himmelhof. Anfang 7 1/2 Uhr.
Enfien. Christliche Arbeit. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Heiratstüftigen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Volkshaus. Ein toller Einfall. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiss. Der Rinentönig von Transvaal. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Die Circus-Fee. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Künsten. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Die verkehrte Welt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Um Reiche des Indra. Anfang 7 1/2 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Die neue Herrin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neubaus. Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr.
Volkshaus. Genspiffum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.
Uraniastr. 48/49. Abends 8 Uhr (im Theateraal). Dr. Spiess: „Flüssige Luft“.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Freudvoll und leidvoll.
Sollst du in 4 Akten von Louis Herrmann. Musik von G. Steffens.
Mittwoch, nachm. 3 1/2 Uhr:
Vorstellung des Akademischen Vereins für Kunst und Literatur.
König Oedipus.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Hinrich Lornsen.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Macbeth.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich: 8 Uhr: **Der Rinentönig von Transvaal.**
Vorstellung haben Gültigkeit. Sonnabend, nachmittags 4 Uhr: **Neuchâtel** u. die geraubten Äuigskinder.

Thalia-Theater.

fel. Amt Va 6446. Dresdenstr. 72/73.
Täglich: Nieslacherfolg!
Im Himmelhof.
Thomas, Thielicher, Helmerding, Junfermann, Paulusfelder.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: **Im Himmelhof.**

Central-Theater

Direktion: José Forenazy.
Die Heiratstüftigen.
Baudenke in drei Akten von Eric Rexer-Helmund.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: **Die Heiratstüftigen.**
Sonnabend, nachm. 3 Uhr zu halben Preisen: **Die Hebermaus** von Johann Strauß.

Metropol-Theater.

Um 9 Uhr 30 Min. zum 96. Male:
Verkehrte Welt!
mit der hochoriginellen
Weiber-Parade.
Vorher das vollständig neue sensationelle April-Spezialitäten-Programm:
Miss Foy, Alice de Tender, Trio Jupiter, Brothers Lloyd, Felsina Brothers, Paul Jülich, etc. etc.
Sonnabend, den 7. April 1900:
Gr. Jubel. Festvorstellung.
Zum 100. Male:
Verkehrte Welt.
Anfang an Wochentagen um 8 Uhr, an Sonn- und Festtagen um 7 1/2 Uhr.
→ Runden überall geboten.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
Dr. Spiess: „Flüssige Luft“.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.

35 Togo-Neger
(28 Mädchen, 5 Männer, 2 Kinder.)
Vorstellung um 11, 12, 3 1/2, 4 1/2, 5 1/2, 6 1/2, 7 1/2, 9 Uhr.
Von 7-10 1/2 Uhr:
Théâtre varié.

An atomisches Museum

im
Passage-Panopticum.
Heute
Dienstag, den 3. April,
abends 7 Uhr:
Vortrag eines Arztes
über das
menschliche Auge.

Victoria-Theater.

Alexanderplatz.
Abends 8 Uhr: 4. Ensemble-Gastspiel
des Wilhelm-Theaters:
Die Circus-Fee.
Operette in 2 Akten von C. Felsch.
Musik von S. Scheidter.
Sänger: Die schöne Galathee.
Operette von Suppé.

Cirkus Schumann.

Donnerstag, den 12. April:
Unvergleichlich beste Vorstellung.
Schluss der ersten Saison.

Heute, Dienstag, den 3. April 1900,
abends 7 1/2 Uhr:
Große Extra-Vorstellung.
Ganz besond. gewähltes Programm!
Hervorzuheben ist: Die Polstschule mit 4 Hauptkämpfen, Kraby und Benny Jones, der Futterneid, Foto-spielende Pferde u. c. c. Sämtliche Original-Dressuren d. Directors Albert Schumann, Dress-Springreitschule, ger. von Herr Peletier. Ein musk. Entree von 60 Damen. Die legenden Hunde des Mr. Miles. Lads und Gentleman, Doppel-Jockey, Akt der Schöns, Hoochini. Die spanische Original-Tänzerin und Antonei. Die Raritäten. Clown Armando mit seinen dressierten Tieren. Gymnast. Entree auf 2 Reitern, angeführt von den Clowns Geiger.
Zum Schluss zum 60. Male.
Doktor Faust.
Eine romantisch-phantastische Handlung in drei Akten in dem Hofballermeister A. Stoma.
Morgen, Mittwoch: Gr. Elite-Vorst.

CASTANS PANOPTICUM

Original-italienische
Sänger- u. Konzert-Gesellschaft
„Colombo“.
Die neuen sensationellen lebenden Photographien.
Stiergefecht - Mann über Bord - Stapellauf eines modernen Schlachtschiffs - Baby-Wäsche u. v. a. m.
Joubert - Krüger - Cronje.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4 a.
Heute
Dienstag, den 3. April.
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Wir von der
Kavallerie.
Nach der Soliree:
Tanzkränzchen.
Cirkus Busch.
Mittwoch, den 11. April er.:
Abschiedsvorstellung. Elite-Gala-Abend.
Heute, Dienstag, den 3. April er., abends 7 1/2 Uhr: Zum 145. Male:
Die Camorra. Ausserdem: Volo-Spiele zu Pferd. Bicycle-Ginzel-Reunen. Die vorzügliche Spezialität. Shadow Brothers. Signor Jarini. 16 Bengale in Freiheit vorgeführt vom Direktor Busch.
Reichshallen.
Täglich: Stettiner Sänger
Anfang:
Wochentags 8 Uhr.
Sonnabends 7 Uhr.
Entree 30 Cents.
Sonderverkauf 40 Pf.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4 a.
Heute
Dienstag, den 3. April.
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Wir von der
Kavallerie.
Nach der Soliree:
Tanzkränzchen.
Cirkus Busch.
Mittwoch, den 11. April er.:
Abschiedsvorstellung. Elite-Gala-Abend.
Heute, Dienstag, den 3. April er., abends 7 1/2 Uhr: Zum 145. Male:
Die Camorra. Ausserdem: Volo-Spiele zu Pferd. Bicycle-Ginzel-Reunen. Die vorzügliche Spezialität. Shadow Brothers. Signor Jarini. 16 Bengale in Freiheit vorgeführt vom Direktor Busch.
Reichshallen.
Täglich: Stettiner Sänger
Anfang:
Wochentags 8 Uhr.
Sonnabends 7 Uhr.
Entree 30 Cents.
Sonderverkauf 40 Pf.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4 a.
Heute
Dienstag, den 3. April.
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Wir von der
Kavallerie.
Nach der Soliree:
Tanzkränzchen.
Cirkus Busch.
Mittwoch, den 11. April er.:
Abschiedsvorstellung. Elite-Gala-Abend.
Heute, Dienstag, den 3. April er., abends 7 1/2 Uhr: Zum 145. Male:
Die Camorra. Ausserdem: Volo-Spiele zu Pferd. Bicycle-Ginzel-Reunen. Die vorzügliche Spezialität. Shadow Brothers. Signor Jarini. 16 Bengale in Freiheit vorgeführt vom Direktor Busch.
Reichshallen.
Täglich: Stettiner Sänger
Anfang:
Wochentags 8 Uhr.
Sonnabends 7 Uhr.
Entree 30 Cents.
Sonderverkauf 40 Pf.

Achtung, Maurer!

Dienstag, den 3. April, abends 8 Uhr, in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29:
Grosse Versammlung
aller zum Streifgebiet Berlins und Umgegend gehörigen Verbandszahlstellen.

Tages-Ordnung:
1. Werden wir Frieden im Baugewerbe haben? Referent H. Silberschmidt. 2. Regelung der Beiträge zum Streif-fonds. 3. Mitarbeiter.
Die wichtige Tagesordnung erfordert ein volles Haus! Darum auf zur Versammlung!
Die Verbandsleitung.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Neues Künstler-Personal.
Sensations-Nummern.
Erstklassiges
Riesen-Programm.
Nicht nie dagewesen!
5 mysteriöse Elefanten.
14 dressierte Ziegen.
Grave Darling.
Musik Electric Genius.
Um 8 1/2 Uhr: Großer Vacherfolg!
Direktor Wilhelm Weddel in der arztwischen Berliner Volks-Operette
Die neue Herrin.
Anf. 7 1/2 Uhr. Kaffeeöffnung 6 1/2 Uhr.
Billet-Sonderverkauf v. 11-1 Uhr.

Deutsche Konzert-Hallen

Stadtbahnhof Börse.
Täglich:
Grosse Theater- und Variété-Vorstellung.
Die humorischen Hübner, Groß, Zimmermann, Gursch, Genari.
„Die Lucca von Rixdorf“
sowie
Sergeant Schneidig und militärische Eindrücke.
Beginn der ausländischen Orchester.
Sonnab. 6 Uhr, der Theaterabst. 8 Uhr.

Apollo-Theater.

Vielfachen Wünschen
entsprechend, werden wir ab
1. April er. mit den Vor-
stellungen um 8 Uhr beginnen
und mit der Operette
Im Reiche des Indra
das
grossartige April-Programm
eröffnen.
Neu für Berlin! Neu für Berlin!
Gretchen Reutter.
Lucette de Verly.
La belle Dolia.
Ferner
Tortajada.
Hacker u. Lester. Brüder Braatz.
Geisch. Harveys.
Der Kosmograph.
Anfang 8 Uhr.
Kassen-Eröffnung 7 Uhr.
Vorverkauf im Theater von 10 bis
2 Uhr sowie beim „Künstlerdank“
und „Invalidendank“.

W. Noacks Theater,

Strassenstr. 16.
Der Gold-Düffel.
Witze mit Gesang und Tanz in
3 Akten (6 Bildern) von Emil Hohl.
Jeden Sonntag, Dienstag und
Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Chronische Leiden
jeder Art ohne Bewusstlosigkeit.
Institut Jost, Chausseestr. 117, I. r.
9-3, 3-9, Sonntag 9-7.
Arbeitsern 20 Proz. Ermäßigung.

W. Noacks Theater,

Strassenstr. 16.
Der Gold-Düffel.
Witze mit Gesang und Tanz in
3 Akten (6 Bildern) von Emil Hohl.
Jeden Sonntag, Dienstag und
Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Chronische Leiden
jeder Art ohne Bewusstlosigkeit.
Institut Jost, Chausseestr. 117, I. r.
9-3, 3-9, Sonntag 9-7.
Arbeitsern 20 Proz. Ermäßigung.

W. Noacks Theater,

Strassenstr. 16.
Der Gold-Düffel.
Witze mit Gesang und Tanz in
3 Akten (6 Bildern) von Emil Hohl.
Jeden Sonntag, Dienstag und
Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Chronische Leiden
jeder Art ohne Bewusstlosigkeit.
Institut Jost, Chausseestr. 117, I. r.
9-3, 3-9, Sonntag 9-7.
Arbeitsern 20 Proz. Ermäßigung.

Geschäftsführer gesucht.

Für Druckerei und Verlag der „Vollstimme“ in Frankfurt a. M.
wird bis 1. Juni spätestens 1. Juli ein mit der Druck- und Zeitungs-
speciel Kunncenbranche durchaus bewandertes, tüchtiger Geschäftsführer
gesucht.
Bewerber wollen Offerten mit Zeugnissen und Referenzen, sowie unter
Angabe von Gehaltsansprüchen bis spätestens 15. April an M. Bern-
hard, Schiefermachersstr. 42, Frankfurt a. M., richten.

Fliesenleger!

Dienstag, den 3. April, abends 8 Uhr, in „Englischen Garten“,
Alexanderstr. 27 c:

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Welche Stellung nehmen wir im gegenwärtigen Streik ein?
2. Berichtedes.
J. A.: Die Lohnkommission.
Dachdecker und Berufsgeoffen.
Mittwoch, den 4. April, abends 8 Uhr:
Gr. öffentliche Versammlung
im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 18 c.
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zum 1. Mai. 2. Die Antwort der Meister auf
unre Forderung und Stellungnahme hierzu. 3. Berichtedes.
Die Lohnkommission.

Achtung!

Mittwoch, 4. April, abds. 8 Uhr bei Dreuer, Gr. Frankfurterstr. 117 (Königsbau):
Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
Der Streik der Berliner Möbelschleifer und welche Lehren haben wir daraus
zu ziehen?
Hohe Beteiligung erwartet

Charlottenburg.

Unserem Freunde und Genossen
Bruno Giebel
die herzl. Gratulation z. Geburtstag.
Mehrere Genossen im 7. Bezirk.
Bruno, das wird aber schmecken!

Deutscher

Holzarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliefern zur Nachricht, daß
der Kollege, Möbelsticker
Hermann Heinacker
am 31. März verstorben ist. Die
Beerdigung findet heute, Dienstag, nach-
mittags 3 Uhr, vom Trauerhause
Kaiser Friedrichstr. 73, Pantow, aus,
nach dem Friedhof z. Pantow statt.
Um rege Beteiligung ersucht
87/10 **Die Ortsverwaltung.**
Allen Freunden und Kollegen die
traurige Nachricht, daß mein lieber
Sohn, unser guter Bruder und
Schwager, der Möbelsticker
Emil Semmler
am 31. März, früh 1/3 Uhr im
20. Lebensjahr nach langen schweren
Leiden sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, den 4. April, nachm. 4 Uhr,
vom Trauerhause, Friedrichsberg,
Frankfurter Chaussee 137 aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Am 28. Februar entschlief sanft
nach längerem Leiden unser
Kollege, der Schlosser
Max Ehrhardt.
Er war uns allen ein lieber
Freund und wird bei uns stets
in ehrendem Andenken bleiben.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 4. d. M., nachm.
4 Uhr, von der Leichenhalle des
Rixdorfer Friedhofs aus statt.
Die Kollegen
der Firma A. Harrmann & Co.

Kranzbinderel u. Blumen-

handlung von (40843)
Robert Meyer,
No. 2, Mariannenstr. No. 2.
Bühnen-Kränze, Guirlanden, Ball-
kränzen, Bouquets u. werden sehr
geschmackvoll und preiswert geliefert

Möbel

verleihen gewasene und neue, staunend
billig. 38429*
Teilszahlung gestattet.
Neue Königstrasse 59.

Thür-Schilder

Stempel etc.
H. Guttman
Brunnenstr. 9.

Achtung!

Mittwoch, 4. April, abds. 8 Uhr bei Dreuer, Gr. Frankfurterstr. 117 (Königsbau):
Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
Der Streik der Berliner Möbelschleifer und welche Lehren haben wir daraus
zu ziehen?
Hohe Beteiligung erwartet

Charlottenburg.

Unserem Freunde und Genossen
Bruno Giebel
die herzl. Gratulation z. Geburtstag.
Mehrere Genossen im 7. Bezirk.
Bruno, das wird aber schmecken!

Deutscher

Holzarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliefern zur Nachricht, daß
der Kollege, Möbelsticker
Hermann Heinacker
am 31. März verstorben ist. Die
Beerdigung findet heute, Dienstag, nach-
mittags 3 Uhr, vom Trauerhause
Kaiser Friedrichstr. 73, Pantow, aus,
nach dem Friedhof z. Pantow statt.
Um rege Beteiligung ersucht
87/10 **Die Ortsverwaltung.**
Allen Freunden und Kollegen die
traurige Nachricht, daß mein lieber
Sohn, unser guter Bruder und
Schwager, der Möbelsticker
Emil Semmler
am 31. März, früh 1/3 Uhr im
20. Lebensjahr nach langen schweren
Leiden sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, den 4. April, nachm. 4 Uhr,
vom Trauerhause, Friedrichsberg,
Frankfurter Chaussee 137 aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Am 28. Februar entschlief sanft
nach längerem Leiden unser
Kollege, der Schlosser
Max Ehrhardt.
Er war uns allen ein lieber
Freund und wird bei uns stets
in ehrendem Andenken bleiben.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 4. d. M., nachm.
4 Uhr, von der Leichenhalle des
Rixdorfer Friedhofs aus statt.
Die Kollegen
der Firma A. Harrmann & Co.

Kranzbinderel u. Blumen-

handlung von (40843)
Robert Meyer,
No. 2, Mariannenstr. No. 2.
Bühnen-Kränze, Guirlanden, Ball-
kränzen, Bouquets u. werden sehr
geschmackvoll und preiswert geliefert

Möbel

verleihen gewasene und neue, staunend
billig. 38429*
Teilszahlung gestattet.
Neue Königstrasse 59.

Thür-Schilder

Stempel etc.
H. Guttman
Brunnenstr. 9.

Achtung!

Mittwoch, 4. April, abds. 8 Uhr bei Dreuer, Gr. Frankfurterstr. 117 (Königsbau):
Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
Der Streik der Berliner Möbelschleifer und welche Lehren haben wir daraus
zu ziehen?
Hohe Beteiligung erwartet

Charlottenburg.

Unserem Freunde und Genossen
Bruno Giebel
die herzl. Gratulation z. Geburtstag.
Mehrere Genossen im 7. Bezirk.
Bruno, das wird aber schmecken!

Deutscher

Holzarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliefern zur Nachricht, daß
der Kollege, Möbelsticker
Hermann Heinacker
am 31. März verstorben ist. Die
Beerdigung findet heute, Dienstag, nach-
mittags 3 Uhr, vom Trauerhause
Kaiser Friedrichstr. 73, Pantow, aus,
nach dem Friedhof z. Pantow statt.
Um rege Beteiligung ersucht
87/10 **Die Ortsverwaltung.**
Allen Freunden und Kollegen die
traurige Nachricht, daß mein lieber
Sohn, unser guter Bruder und
Schwager, der Möbelsticker
Emil Semmler
am 31. März, früh 1/3 Uhr im
20. Lebensjahr nach langen schweren
Leiden sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Mitt-
woch, den 4. April, nachm. 4 Uhr,
vom Trauerhause, Friedrichsberg,
Frankfurter Chaussee 137 aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Am 28. Februar entschlief sanft
nach längerem Leiden unser
Kollege, der Schlosser
Max Ehrhardt.
Er war uns allen ein lieber
Freund und wird bei uns stets
in ehrendem Andenken bleiben.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 4. d. M., nachm.
4 Uhr, von der Leichenhalle des
Rixdorfer Friedhofs aus statt.
Die Kollegen
der Firma A. Harrmann & Co.

Kranzbinderel u. Blumen-

handlung von (40843)
Robert Meyer,
No. 2, Mariannenstr. No. 2.
Bühnen-Kränze, Guirlanden, Ball-
kränzen, Bouquets u. werden sehr
geschmackvoll und preiswert geliefert

Möbel

verleihen gewasene und neue, staunend
billig. 38429*
Teilszahlung gestattet.
Neue Königstrasse 59.

Thür-Schilder

Stempel etc.
H. Guttman
Brunnenstr. 9.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
Mittwoch, den 4. April, abends 8 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlungen.
Osten: bei Stechert, Andreasstr. 21.
Süden: bei Krüger, Wasserthorstraße 68.
Westen und Südwesten:
in Habels Brauerei, Bergmannstraße 5-7.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Verhät-Kontrollkommission. 2. Bericht der Vertrauens-
männer über ihre Verhät. 3. Angabe neuer Vertrauensmännerstellen.
Jede Verhät muß vertreten sein.

Parkeffbodenleger

bei Hube (Sprecherhallen), Kirchstr. 27:
Kommissions-Sitzung mit den Vertrauensleuten.
Auch die Verhandlungs-Kommissionsmitglieder werden ersucht, zu erscheinen.

Drechsler.

Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlungen
in folgenden Lokalen:
Osten: bei Wwe. Mühle, **Süd-Osten u. Süd-Westen:**
Koppenstraße 41. **bei Mörhing, Admiraistr. 18 c**
Norden: bei Neumann, **(„Märkischer Hof“).**
Brunnenstraße 150.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Ombüner. 2. Verbands- und Branchen Angelegenheiten.
3. Berichtedes. Verhandlung mit Vertrauensmännerstellen legitimiert.
Jede Verhät muß vertreten sein. 87/9

Bildhauer!

Donnerstag, den 5. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Berliner
Ressource“, Kommandantenstr. 57:
Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
Vortrag des Schriftstellers Herrn Hans Kuch über „Die kommende
Krise“. Diskussion. Stellungnahme zum 1. Mai. Bericht vom Holz-
arbeiterverein. Berichtedes.
Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen aller Branchen ersucht
Der Vertrauensmann.

Arbeitervertreter-Verein.

Donnerstag, den 5. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal
des Herrn Buske, Grenadierstr. 33:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht aus den amtlichen Nachrichten, Rundschreiben u. c. 2. Dis-
kussion. 3. Berichtedes.
Wäre, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.
Der Vorstand.

Achtung! Buzer! Achtung!

Am Mittwoch, den 4. April, abends 6 Uhr, findet die erste
diesjährige
Bandepntierten-Sitzung
im Restaurant Schiller, Rosenkalerstr. 57, statt. Kollegen, da sehr ernste
Angelegenheiten zur Beratung stehen, darf kein Bau unvertreten sein.
Die Verwaltung. J. A.: Franz Schultz.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Engelauer 15, I, Zimmer 1-5. - Fernsprecher Amt VII. 353.
Mittwoch, den 4. April, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung für den Süden
in den „Arminhallen“ Kommandantenstr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Emil Rosenow** über:
„Die Lohnarbeiter im Mittelalter und im Zeitalter der Reformation“.
2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen der Kolleginnen und Kollegen ersucht
Die Ortsverwaltung. 112/3

Erklärung.

Die Unterzeichneten erklären im Namen der Kleber (Tapezierer) Berlins
und Umgegend, daß sie sich mit dem Abkommen des Verbands der
Tapezierer Deutschlands mit der Tapezierer-Zunftung Berlins vor dem
Gingungsam des Berliner Gewerbegerichts im Punkt 9 (Tarif der Kleber)
nicht einverstanden erklären, da sie von dem Grundlage ausgehen, daß nur
eine Kommission, bestehend aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Kleber-
branche beauftragt wäre, über eventuelle Festlegung des Tarifs der Kleber
zu verhandeln und dazu unbedingt die gemeinschaftliche Lohnkommission
der Kleber hinzugezogen werden muß; auch Polsterer und Dekorateur
kein Recht haben, über die eigenen Interessen der Kleber zu entscheiden.
Die Lohnkommission der Kleber Berlins und Umgegend.
A. Heckmann. P. Hirth. H. Klatt. M. Strasser.
J. Uessern. 2036

